

Heraus zum 1. Mai! Profite runter – Löhne rauf



Löhne rauf – Profite runter! Am 1. Mai sorgt die KPÖ für Protest-Stimmung in der Stadt. Die traditionelle MAIDEMONSTRATION beginnt um 10 Uhr am Südtirolerplatz. Schlusskundgebung ca. 11:00 am Eisernen Tor. Das 1. Mai-Fest im Volkshaus, Lagergasse 98a bietet am 14:00 Uhr eine internationale Küchenstraße.
Kulturprogramm: Bariton Igor Morozov sowie die Wiener Tschuschenkapelle. Seiten 2/3 und 28

TEURE MIETEN

Makler kassieren zu viel Prämie S. 5

LEERE VERSPRECHEN

Hochwasser: Warten auf Schutz S. 9

GELD ZURÜCK

Schadenersatz bei Spielsucht S. 12

KPO wirkt

ZITIERT

Den Boni für Banker stand nie eine Wertschöpfung gegenüber. Das war immer nur Buchgeld.

Baumagnat Hans Peter Haselsteiner in „Vision“ zu den Bonuszahlungen für Banker.



Ich bin für eine Finanztransaktionssteuer auf rein spekulative Geschäfte.

Ludwig Scharinger, Chef der Raiffeisen Landesbank Oberösterreich.



KHG kann mit einer Karte ein Kartenhaus bauen.

Satirisches aus Rappelkopf 02 über den Ex-Finanzminister Karlheinz Grasser (FPÖ).

Das Problem is net so sehr da Grasser. Na, des Problem san eher die Grassers, die innerhalb der SPÖ zu finden san....“

Ernst Hinterberger, Autor von „Kaisermühlenblues“ und „Ein echter Wiener geht nicht unter“.



LÖHNE RAUF – PROFITE RUNTER

Arbeit muss sich wie

Immer mehr arbeitende Menschen können mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen. Schuld daran ist die Umverteilung von unten nach oben: Die Profite steigen, die Reallohne sinken. Wer die Arbeit verliert, verarmt.

WUSSTEN SIE...

...dass die Bank Austria und Erste Bank 2009 jeweils rund ein Milliarde Euro Gewinn gemacht haben. Trotzdem zahlen beide keinen Groschen Steuer, weil sie wegen der Gruppenbesteuerung Auslandsverluste im Inland abschreiben können.

...dass AT&S im 3. Quartal 2009 das beste Konzernergebnis seit 2000 erwirtschaftet hat. 2008/09 hat man in Leoben 700 Jobs gestrichen.

Bezeichnend für die Entwicklung des Volkseinkommens ist, dass die Netto-Realeinkommen der Arbeitenden zwischen 1995 und 2005 um 1,7 Prozent zurückgegangen sind. Gleichzeitig ist das Bruttoinlandsprodukt (das gesamte Volkseinkommen) inflationsbereinigt um 19 Prozent gestiegen.

Dieses für die Werktätigen mehr als unbefriedigende Ergebnis spiegelt den Rückgang der Lohnquote (Anteil der unselbständig Erwerbstätigen am Volkseinkommen) wider. Sie ist von 1995 bis 2008 von 62 auf 55 % gesunken. Im Gegenzug ist der Anteil des Einkommens aus Besitz und Vermögen von 38 auf 45 Prozent gestiegen.

Schere geht weiter auf

Dazu kommt, dass die Schere zwischen Höchst- und

Niedrigst-Einkommen auch unter den unselbständig Beschäftigten immer weiter aufgeht. Die Spreizung der Einkommen nimmt dramatisch zu. Das oberste Fünftel mit den höchsten Lohn- und Gehaltseinkommen verzeichnet satte reale Zuwächse, während das unterste Fünftel immer weiter zurückbleibt.

Eine Besserstellung für Lohn- und Gehaltsbezieher wurde zuletzt Anfang der 1990er Jahre verzeichnet, als die Gewerkschaften in den meisten Branchen die Anhebung der Mindestlöhne auf 10.000 Schilling pro Monat erreicht haben. Aufgrund der aktuellen Entwicklung suchen laut Sozialämtern in Österreich immer mehr Menschen um Sozialhilfe an, obwohl sie einer geregelten Beschäftigung nachgehen.



Löhne rauf!





Die Herrschenden sehen es gerne, wenn die Arbeiter schufteten wie die Ameisen. Wie sonst wäre es möglich, dass Unternehmen selbst in der Krise hohe und höchste Gewinne machen? Während sich Aktionäre über fette Dividenden freuen dürfen, bleiben die Löhne für die arbeitenden Menschen zurück. Es gibt immer mehr mies bezahlte Jobs, von denen man nicht leben kann. Arbeit muss sich wieder lohnen, fordert die KPÖ.

der lohnen

Systematischer Rückbau

Seit Österreich der EU beigetreten ist und der Neoliberalismus (mit Privatisierung und Sozialabbau) dominiert, wurde die Massenkauflkraft eingedämmt und der Spielraum für Finanzspekulationen ausgebaut. In einem Aufwaschen wurde der Konjunktur damit der Motor der Inlandsnachfrage entzogen.

Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist die Überakkumulation von Kapital, welche die Finanzkrise ausgelöst hat. Anlagen, die nicht in der Realwirtschaft landen, lösen Spekulationsblasen aus, weil sie mit keinem echten Wert verbunden sind.

Geld ist genug da

Ein Land, das zur Sicherung der Banken hundert Milliarden

Euro bereitgestellt hat und einzelnen Bankmanagern für wenige Monate Tätigkeit Millionenbeträge nachwirft, ist reif dafür, das Steuer in der Verteilung des Reichtums unter dem Motto „Profite runter – Löhne rauf!“ herumzureissen. In erster Linie ist die Einführung von Mindestlöhnen in allen Branchen und mit einem Niveau erforderlich, das ein menschenwürdiges Dasein erlaubt.

Anstatt eine weiteren Flexibilisierung des Einsatzes der Arbeitskräfte in der Produktions- und Dienstleistungsindustrie zuzulassen, muss eine Arbeitszeitverkürzung angestrebt werden. Nur so können neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit (bekanntlich die teuerste Form der Arbeitszeitverkürzung) bekämpft werden.

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr:

Für die Leute da sein

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Wer zahlt die Kosten der Krise? Ein Blick auf die gestiegenen Kosten für viele öffentliche Leistungen oder den Benzinpreis gibt einem die Antwort.

Die Masse der Bevölkerung zahlt. Die Regierung gibt den Takt an. Die Belastungen treffen immer öfter auch Menschen, die im Beruf stehen, aber keine Großverdiener sind.

Wir in der Gemeinde sollten einen anderen Weg gehen als Bund und Länder. Wir müssen alles tun, um in unserem Bereich sogenannte „Tarifanpassungen“ zu vermeiden. Deshalb hat das Wohnungsamt im Jahr 2008 durchgesetzt, dass eine Anhebung der Kategoriemieten für Gemeindewohnungen in Graz nicht nachvollzogen wurde.

Bei den Richtwertmieten ist es mir jetzt (nach langen Diskussionen mit der schwarz-grünen Rathauskoalition) gelungen, dass im Jahr 2010 die vom Ge-

setz vorgeschriebene Erhöhung in den Grazer Gemeindewohnungen nur zu 50 Prozent umgesetzt wird. Das ist in Zeiten steigender Betriebskosten nicht wenig.

Wir verbinden in Graz die Entlastung von Mietern durch vernünftige Preise für das Wohnen mit einem langfristigen Programm zur Verbesserung der Wohnverhältnisse.

Das ist – angesichts der Mehrheiten in der Stadtregierung – nicht leicht. ÖVP und Grüne sollten bedenken:

Wer bei Prestigeprojekten in Zeiten wie diesen mit Millionen nur so um sich wirft, der muss darauf Rücksicht nehmen, dass die Mehrheit der Menschen jeden Euro zweimal umdrehen muss. Ich werde jedenfalls auch in Zukunft für diese Leute da sein und nicht für Banken und Großfirmen.

meint

*Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 20 60*

KLEIN, ABER MIT BISS



Wenn das so weitergeht, sind Nüsse bald eine stärkere Währung als der Euro

INHALT

Mieter bekamen Geld zurück....4	
Hohe Maklerkosten	5
Pfauengarten: Bebauung?.....	6
Lebensmittelkennzeichnung	8
Graz unter Hochwasser.....	9
Millionen für Medienkonzern..	10
WEGRAZ statt Bewohner	11
Ende für Augartensauna?.....	12
Geben statt nehmen?.....	16
Pflegeheime vor Privatisierung	17
Gesetz für Spekulanten	19
Die Toten standen auf	22
Aus den Bezirken	24/25
1. Mai-Fest	28

Rückkehr der Hausbesorger?

Nicht ohne Zustimmung der Mieter!

Im Jahr 2000 wurde das Hausbesorgergesetz und damit die „Hausmeister“ abgeschafft. Bestehende Verträge dürfen zwar noch bis zur Pensionierung erfüllt werden, in allen anderen Fällen ersetzen Reinigungsfirmen den Hausbesorger/die Hausbesorgerin.

Jetzt gibt es einen Entwurf, wonach der Nationalrat in Wien die Rückkehr der Hausbesorger beschließen soll. Stadträtin Elke Kahr kann diesen Plänen viel Positives abgewinnen: *„Hausbesorger spielen besonders in größeren Siedlungen eine integrative Rolle. Sie sind neben ihren klassischen Aufgaben auch Ansprechpersonen bei den verschiedensten Problemen und tragen oft zu deren Lösung bei, bevor es zu Eskalationen kommt.“*

Sollte der Nationalrat tatsächlich die Wiedereinführung der Hausbesorgereien beschließen, wird dies in den Grazer Gemeindewohnungen aber nicht ohne mehrheitliche Zustimmung der Mieterinnen und Mieter passieren. Dass diese mit den städtischen Hausbesorgern zufrieden sind und waren, zeigt eine von der Mieterzeitung des Wohnungsamtes durchgeführte Umfrage, wonach sich 80% der Befragten für die Wiedereinführung der „Hausmeister“ aussprachen.



Mit einem grünen Daumen und viel Liebe für Details pflegt Hausbesorgerin Berta Stefanez seit 12 Jahren die Grünfläche vor den städtischen Wohnhäusern C.v. Hötzendorfstraße 105 bis 111. Auch ihr Gatte hilft fleißig mit und so manche Pflanze oder Blumenzwiebel wurde von Nachbarn gespendet. „Ohne diesen liebevoll gepflegten Grünstreifen vor unseren Wohnungen wäre es hier ziemlich trostlos“, freuen sich die Bewohner. Diese selbstlose Arbeit zur Verschönerung der Grünflächen in Wohnanlagen der Stadt Graz wird von Wohnungstadträtin Elke Kahr sehr unterstützt.

Fragwürdige Fernwärmekosten Mieter bekamen Geld zurück

In einem Grazer Wohnhaus wurden die Kosten für die gelieferte Fernwärme stets über die zuständige Hausverwaltung abgerechnet.

Nach einigen Jahren wurde diese Aufgabe von der Hausverwaltung an eine „Energieverrechnungs GmbH“ ausgegliedert. Die Mieterinnen und Mieter waren mehr oder weniger gezwungen, mit dieser Firma einen entsprechenden Vertrag zu unterzeichnen. In der im Jahr darauf folgenden Heizkostenabrechnung gab es plötzlich „Kosten für Dienstleistungen des Wärmeabgebers“. Die Mieter stellten daher an die städtische Schlichtungsstelle einen Antrag auf Überprüfung der Heizkostenabrechnung, forderten die Rückzahlung dieser Kosten und begründeten

den Antrag im wesentlichen damit, dass diese Kosten zur Zeit der Abrechnung durch die Hausverwaltung ohnehin in der im Rahmen der Betriebskosten zu entrichtenden Verwaltungskosten enthalten gewesen sind und dies daher auch weiterhin gelten müsse. Es würde also eine unzulässige Doppelverrechnung vorliegen. Noch vor der Entscheidung der Schlichtungsstelle wurde seitens der Energieverrechnungsfirma dem Antrag der Mieterinnen und Mieter vollinhaltlich entsprochen und die „Kosten für Dienstleistungen des Wärmeabgebers“ zurückbezahlt... Sollten Sie Fragen im Zusammenhang mit Energiekosten haben, wenden Sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr, Rathaus, 2. Stock, ZiNr. 235, Tel. 872- 2060 oder 2062.

Gratis-Urlaub für Pensionistinnen Nicht in Graz

Das Land Steiermark ermöglicht Senioren, die sich keinen Urlaub leisten können, kostenlose Aufenthalte in steirischen Landgasthäusern. Allerdings: die Stadt Graz beteiligt sich nicht an der Altenurlaubsaktion des Landes Steiermark, weil sie sich weigert, den Kostenanteil der Gemeinde an der Urlaubsaktion zu tragen.

Die KPÖ möchte, dass sich auch



die Stadt Graz wieder an der Aktion beteiligt. **KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer:** „Es ist eine

Tatsache, dass in Graz viele ältere Menschen leben, die sich aufgrund ihrer geringen Pension keinen Urlaub leisten können. Armut im Alter führt zu mangelnder sozialer Teilhabe, gefährdet die Gesundheit und trägt zur Vereinsamung bei. Es liegt an uns, diesen Menschen einmal einen Urlaub zur Erholung zu ermöglichen.“

**RAT UND HILFE IN
WOHNUNGSFRAGEN**

Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um telefonische Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

SORGE UMS DACH ÜBER DEM KOPF

Mieten schon wieder erhöht! Makler kassieren zu viel

In Österreich zahlt man im Europavergleich die höchsten Provisionen für Makler.

Wer eine Wohnung mieten oder gar kaufen will, wird von den Maklern kräftig zur Ader gelassen. Nirgendwo in Europa zahlt man in Sachen Wohnungsvermittlung mehr, hat die Arbeiterkammer herausgefunden. Im Schnitt blechen MieterInnen 2400 Euro, Käufer müssen sogar durchschnittlich 5400 Euro für die Provision locker machen.

So gut wie alle Makler verlangen als Provision das maximal Mögliche: 3 Monatsmieten bei unbefristeten Mieten, 2 Monatsmieten bei Befristungen

bis zu 3 Jahren. Dazu kommen 20% Steuer. Bei Eigentumswohnungen fallen als Provision 3% des Kaufpreises an. Besondere Vorsicht ist in jenen Fällen angebracht, in denen Makler „Kulanzlösungen“ bieten. Oft darf nämlich überhaupt keine Provision verlangt werden.

Überhöhte Mieten

Neben den hohen Maklergebühren und den Kautionen, die für viele eine Hürde zur eigenen Wohnung sind, werden die Mieten selbst auch immer höher. 50 und mehr Prozent des Einkommens gehen oft für die Miete auf. Nun sollen die Miet-Richtwerte wieder um 3,8% erhöht werden.

„Die KPÖ wehrt sich gegen Wuchermieten und ist für die Wiedereinführung von klaren Mietzinsobergrenzen“, so KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

PROVISIONEN

In Österreich zahlen Mieter 22,7% der Jahresmiete an Provision, Käufer 3% des Kaufpreises.

In den Niederlanden, in Belgien, Großbritannien, Irland oder Norwegen zahlen Mieter keine Provision, in Deutschland 12%, in Frankreich 4,5%, in Italien 3,5% der Jahresmiete.

Auch Wohnungskäufer zahlen vielfach keine Provision.



ZUGESPERRT Keine Schule mehr..

...in vielen Grazer Stadtteilen. Kindergärten- und Volksschulkinder und deren Eltern müssen künftig weite Wege in Kauf nehmen.

Für Kinder in Graz brechen härtere Zeiten an: Kleine Volksschulen und Kindergärten werden dicht gemacht, die Kinder in weiter weg gelegene Schulen geschickt. Nach den Volksschulen Ries, Wieland und Mariagrün droht nun der VS Elisabeth 2012 das Aus, fürchtet KPÖ-Schulsprecher Andreas Fabisch. „Auch bei rückläufigen Anmeldungen sollen Klassen – zumindest als Expositur – aufrecht erhalten bleiben.“ Fabisch denkt an die Zusammenlegung von jeweils zwei Schulstufen. Es ist Lebensqualität, wenn Kinder zu Fuß ihre Volksschule erreichen können und nicht auf Verkehrsmittel angewiesen sind.

Die Volksschüler werden in weit entfernten Riesenschulen unterrichtet, auch die Klassengröße steigt durch die Zusammenlegung. So wie bei der VS Mariagrün und dem Kindergarten am Rehgrund: Die neue Heimat für die Kinder liegt in der Schönbrunnngasse. Für die Eltern ein Wahnsinn, werden doch familiäre, kleine Einheiten mit Massenbetrieb getauscht. „In der Schönbrunnngasse werden mehr als 350 Kinder und Betreuer untergebracht sein“, warnt Elternsprecherin Astrid Hoffmann.



2900 Euro für guten Zweck. Der Erlös der Volkshausredoute kommt traditionell einem wohltätigen Zweck zugute. Heuer war das der Verein Grazer Sorgenkinder: Wohnungsstadträtin Elke Kahr übergab Obmann Dozent Dr. Max Haidvogel, Kassier Walter Borhauer und der Pädagogin Ingrid Babsisky ein mit 2900 Euro prall gefülltes Sparschwein. Der Verein fördert die rund 120 Kinder des Integrationskindergartens, der Sonderschule und des Hortes am Rosenhain.



INITIATIVEN AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Spießrutenlauf

Der schlechte Zustand des Bodenbelags in der Fußgängerzone ist KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** ein Dorn im Auge. In einer Anfrage drängte er auf die Reparatur der maroden Bodenbeläge in Schmiedgasse und Umgebung.



Kein Plastikgeschirr

Erfolgreich war der Protest der KPÖ gegen Plastikgeschirr in Kindergärten und Horten. Wie berichtet, wollte die Stadt die Kin-



der mit Essen aus Plastikgeschirr versorgen. Nun wurde die Idee fallen gelassen. Ein schönes Zeichen für die Umwelt, freut sich KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer.

Bausünden

Noch vor wenigen Jahren lobte die Altstadtkommission den Biedermeier-Charakter des Häusernsembles am Lendplatz. Davon ist heute kaum etwas übrig. „Aus einem Unverständnis für Altstadtschutz und aus Profitgier hat man am Lendplatz zahlreiche Abriss-Sünden begangen“, sagt KPÖ Gemeinderat Andreas Fabisch.



Deshalb hat die KPÖ „nein!“ zum Bebauungsplan Lendplatz – Keplerstraße – Neubaugasse gesagt. „Sonst würden wir im Nachhinein den schlimmen Umgang mit der alten Bau-substanz gutheißen“, sagt der KPÖ-Gemeinderat.

Billiger ins Bad

Die Eintrittspreise für die Grazer Bäder sind für Familien kaum mehr erschwinglich, weiß KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann. Im Vergleich mit den anderen Landeshauptstädten oder Wien zahlt man in Graz fürs Baden am meisten: Die Familienkarte kostete zuletzt 13,5 Euro, in Wien ist sie um



11,7 Euro, in Linz um 8 Euro zu haben.

Ina Bergmann beantragte im Gemeinderat niedrigere Preise in den städtischen Bädern: Kinder unter 15 Jahren sollen gratis ins Bad dürfen, für alle darüber soll es sozial verträgliche Eintrittspreise geben.

Putzen in Pflichtschulen

Die Reinigung von Pflichtschulen wird neu geregelt. „Städtische Bedienstete wurden »eingespart«. Zu viel schlechteren Bedingungen wird Reinigungspersonal von Fremdfirmen tätig“, sagt KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann. Dabei gibt es schlechte Erfahrungen: Bei den Kindergärten wurde dieses System rückgängig gemacht, weil es teurer war als die Reinigung durch städtisches Personal.

ATOMFREIE Zone

Österreich zahlt pro Jahr gut 20 Millionen Euro an die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM. EURATOM fördert seit 50 Jahren die Atomindustrie mit Milliardenkrediten. Österreich ist trotz seines „Nein“ zur Nutzung der Atomenergie Mitglied bei EURATOM.

118 österreichische Gemeinden haben bereits Resolutionen für den Euratom-Austritt beschlossen. In Graz lehnten ÖVP und SPÖ im Gemeinderat den Euratom-Austritt wiederholt ab, den KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch forderte.

Unterstützungserklärungen für eine österreichweite Volksabstimmung über den Austritt aus Euratom können bei der KPÖ Graz, Lagergasse 98a bezogen oder sie können unter www.raus-aus-euratom.at heruntergeladen werden.

VERTANE CHANCE FÜR NATUR IN DER STADT

Pfauengarten wird verbaut

Häuserschlucht statt Garten. Der „Pfauengarten“ über der Tiefgarage beim Karmeliterplatz soll verbaut werden.

Ein idyllisches Plätzchen mitten in der Stadt, in dem Pfaue wandeln durften. Zuletzt war er eine Gstätt. Nun soll der Platz verbaut werden. Drei fünfgeschoßige Baublöcke mit insgesamt 50 Wohnungen, Büros und ein Restaurant sollen entstehen.

Hinter dem Projekt steht ein Konsortium finanzkräftiger Grazer, darunter Reinhard Hohenberg, Norbert Ertl oder Romuald Bertl.

Stadtblatt-Leser Dr. Alfred Moser schreibt: „Vor etlichen



Jahren befanden sich dort stattliche Kastanienbäume, Obstbäume und Blumenbeete, wo sich die Pfaue wohlfühlten! Mit geringem Aufwand ließe sich dort wieder ein schöner Garten errichten. Stattdessen steht mehr Verkehr ins Haus und ein wenig

erbaulicher Eingriff ins Bild der Altstadt.“

„Außerdem besteht die Gefahr, dass die Altstadt durch den neuen Gebäudekomplex ‚erdrückt‘ und der Blick auf Teile davon behindert wird“, ergänzt KP-Gemeinderat Andreas Fabisch.

POSTENSCHACHER, TARIFERHÖHUNGEN, SOZIALABBAU

Dicke Hämmer beim Haus Graz

Das „Haus Graz“ hält nicht, was ÖVP und Grüne versprochen haben. Bis jetzt sieht man vor allem Postenschacher und Tariferhöhungen. Die dicken Hämmer kommen erst, Schlimmeres droht nach der Landtagswahl.

Beim schwarz-grünen Ausgliederungskonzept „Haus Graz“ klaffen Propaganda und Wirklichkeit weit auseinander. Bisher haben die Grazerinnen und Grazer vor allem Tariferhöhungen bei Müll, Kanalgebühren und bei den GVB (ab 1. Juli) wahrgenommen. Und ganz „oben“ gibt es eine Rängelei um schöne Posten in den neuen Gesellschaften.

Gespart wird unten: Die Reinigungsarbeiten in Pflichtschulen hat man (wegen Haus Graz) an Privatfirmen vergeben, die beabsichtigte Schließung der Augartensauna ist eine der ersten Auswirkungen der Einsparungsmaßnahmen zum „Haus Graz“.

Dienstposten werden nicht mehr nachbesetzt. Und die Ausgliederung der Kinderbetreuungseinrichtungen in eine stadteigene Gesellschaft steht im Raum.

Private in Startlöchern

Auch beim Bereich Abfall stehen private Firmen schon in den Startlöchern. Die Ausgliederung der Wirtschaftsbetriebe und der Müllabfuhr bietet breiten Raum für sogenannte PPP-Modelle (Public-Private Partnership).

KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann: „Das wahre Einsparungspotenzial dieser Aktion liegt bei den Bediensteten der Stadt Graz, und genau darauf

läuft die Strukturreform hinaus. Personalabbau, Lohnkürzungen und eine Zweiklassen-Belegschaft sind das Ziel – und dieses ist in privatrechtlichen Gesellschaften wesentlich leichter zu erreichen.“

Einerseits wird überlegt, wie man städtische Bedienstete los wird oder ihre Gehälter senkt, andererseits ist man bei Managerbezügen, Managerprämien und Geld für Beratungsunternehmen überhaupt nicht sparsam.

Haus Graz: Ein Abbauprojekt der kommunalen Daseinsvorsorge.



In den Murauen südlich von Graz bietet sich Freunden unberührter Natur ein trauriges Bild, seit die EStAG mit dem Bau zweier Murkraftwerke begonnen hat. Trotz widriger Bedingungen – im Winter kamen Hunde, die vom Wachpersonal auf Aubesetzer losgelassen wurden – fanden sich immer wieder Naturfreunde, die auf die Nachteile der Kraftwerke aufmerksam machten. Die EStAG will in Puntigam ein und im Norden von Graz zwei weitere Murkraftwerke bauen. Alle sind umstritten, weil man mit Solarstrom und Optimierungsmaßnahmen wesentlich mehr erreichen könne. **Leserfoto.**

Die dicksten Hämmer kommen nach der Wahl

Die vollen Auswirkungen des „Haus Graz“ wird man erst 2011 merken. Dann wollen Schwarz-Grün die neue Struktur angepasst haben – wenn die Landtagswahl in der Steiermark gelaufen ist. Wetten, dass die dicksten Hämmer erst ab Oktober 2010 an die Oberfläche kommen?



KURZ GESAGT

Reininghausgründe

Die Stadt Graz soll mit 60 Millionen Euro in eine neue Gesellschaft einsteigen, die auf den 54 Hektar großen Reininghausgründen ein neues Stadtviertel plant. Nur noch 15 Millionen soll der aktuelle Besitzer Asset One beisteuern, der mit seinen Plänen für das Reininghausviertel scheiterte.

„Für uns hat der Bau von Gemeindewohnungen auf dem Gelände der Hummelkaserne Vorrang. Wir befürworten auch kommunalen Wohnbau auf den Reininghausgründen“, sagt Wohnungsstadträtin Elke Kahr, „aber in dem Fall werden Konstruktionen gesucht, um Privatleuten, die sich verspekuliert haben, unter die Arme zu greifen“. Die KPÖ wehrt sich gegen weitere finanziellen Blindflüge der Stadt.

Projekt 2zeit

Das Projekt „2zeit“ der „Gesellschaft zur Förderung seelischer Gesundheit“ führt zwei Generationen mit verschiedenem Hintergrund zueinander: Menschen der Generation 50+ mit positiver Erfahrung aus dem Privat- und Berufsleben treffen junge Menschen ab 16 mit psychischen und sozialen Problemen.

Jung und alt begegnen einander und reden über positive Zugänge zu Leben und Arbeit. Dabei erhalten die Jungen neue Einblicke in ein erfülltes (Berufs) Leben. Begleitet werden sie von ehrenamtlichen Betreuern. Infos im Internet: www.gfsg.at



Sozialhilferechner

Steiermark

Haben Sie Anspruch auf Sozialhilfe? Überprüfen Sie Ihre Ansprüche mit dem neuen Sozialhilferechner der KPÖ unter

<http://www.sozialhilferechner.at>

Eine Idee von LAbg. Claudia Klimt-Weithaler



UNSER TÄGLICHES BROT

Verwirrung bei Lebensmitteln

Wie ungesund sind unsere Lebensmittel? Lebensmittelkonzerne und Food-Designer bestimmen zunehmend, was wir auf den Tisch bekommen. Die einen macht Essen süchtig, die anderen mager-süchtig.

Wo es herkommt

Oft gibt es Verwirrung um die Herkunft der Lebensmittel. Die meisten Gütesiegel (auch in der Steiermark) sind nur ein PR-Gag, wie die Arbeiterkammer festgestellt hat. Bezeichnungen wie „Österreichische Herkunft“, „Steirische Tradition“ oder „Bauernhof-Garantie“ heißen nicht, dass das Produkt aus Österreich kommt.

So gab es vor 2 Jahren Probleme mit Dioxin in einem „Speck aus Tirol“, der aus irischem Schweinefleisch hergestellt wurde. Die Tiere waren in Deutschland geschlachtet

worden. Kürbiskernöl kommt mitunter aus China, ein Quarzel aus Hartberg, verseucht mit lebensgefährlichen Listerien, wurde aus deutschen Rohstoffen erzeugt.

Das AMA-Gütesiegel steht dafür, dass das Produkt oder Tier aus Österreich ist. Bei Tieren muss das Futter zu 70 % aus Österreich stammen. Das „A“ oder „Made in Austria“ bedeuten hingegen nur, dass mindestens 50 % der Wertschöpfung in Österreich passieren.



Was drinnen ist

Was ganz genau drin ist im Gekauften, steht auf den Verpackungen. Konsumentenfreundlich ist das freilich nicht. Wer kennt schon alle E-Nummern für Zusatzstoffe auswendig, weiß über die Wirkung von Saccharin oder Cyclamat Bescheid, hat Kalorientabellen im Kopf? Abhilfe hätte ein Ampel-System gebracht, wie es von der britischen Lebensmittelbehörde eingeführt wurde: Der Gehalt von Fett, Zucker, Salz oder ungesättigten

Fettsäuren wird per Ampel sichtbar. Verbraucher von Fertig-Lebensmitteln können sofort erkennen, wie viel Fett, Zucker und

Salz ein Produkt, bezogen auf 100g bzw. 100ml, enthält.

Dieses übersichtliche System hat der Umweltausschuss der EU zu Grabe getragen. EU-Abgeordnete Sabine Wils (Die Linke): „Hier hat leider die massive Einflussnahme der Lebensmittelindustrie auf viele Abgeordnete Wirkung gezeigt. In den Wochen vor der Abstimmung im Ausschuss gab es fast kein Entzinnen vor den Lobbyisten.“

Stattdessen setzt man weiter auf Kompliziertes auf den Verpackungen. Wunder ist das keines, stecken doch massive wirtschaftliche Interessen hinter der Unübersichtlichkeit: Man würde sich vielleicht überlegen, Burger und Co. zu kaufen wenn eine rote Ampel warnt. Wer möchte, kann unter <http://www.ampelrechner.at> nachschauen.



Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Ihre Meinung gefragt!

Verlost werden T-Shirts und kleine Buch- und Sachpreise.

Gehören unsere Lebensmittel besser gekennzeichnet?

- Die Ampelkennzeichnung ist eine gute Idee
- Was drin ist, soll verständlich draufstehen
- Ich wünsche mir mehr heimische Lebensmittel
- Mir passt, wie es derzeit ist

Eigene Anregungen:

Ich möchte regelmäßige Informationen über die Arbeit der KPÖ erhalten

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL)



An das
Grazer Stadtblatt
stadtblatt@kpoe-graz.at

c/o KPÖ-Graz
Lagergasse 98a
8020 Graz

Fax: 71 62 91

Was es kostet

Nachdem die EU die Verpackungsgrößen freigegen hat, also Verpackungseinheiten von zB. 900 Gramm Mehl möglich sind, gibt es einen Lichtblick im Lebensmittel-dschungel: Ab Herbst sollen die Grundpreise (pro Kilo, pro Liter) besser lesbar sein. Die Grundpreise müssen 4 mm, die Verkaufspreise 8 mm groß gedruckt sein. Die Preise werden allerdings nicht reguliert. Die Lebensmittelkonzerne entscheiden. Und da geht es eher um Image und Äußerlichkeiten als um gesunde LEBENSmittel.

ANDRITZ, STRASSGANG: WOHNEN IM HOCHWASSERGEBIET



J. Pichler

Ein „100jähriges Hochwasser“ plagt Menschen in Andritz schon fast jedes Jahr.

VIEL VERSPROCHEN, WENIG GEHALTEN

Hochwasserschutz muss warten

Mit dem warmen Wetter steigt die Gewitter- und Hochwassergefahr in Graz. Obwohl das Hochwasserrisiko steigt, müssen Betroffene auf Schutz warten.

Wenn sich graue Wolken auftürmen, werden die Bewohner rund um den Schöckelbach nervös. Argwöhnisch beobachtet man den Himmel – und vor allem den Bach. Wird er wieder übergehen und eine Spur der Verwüstung durch weite Teile von Andritz ziehen?

Viele Grazer leben in Angst vor dem Wasser: in Andritz, St. Peter, Wetzelsdorf, Straßgang. Viel hat die Stadt versprochen in Sachen Hochwasser. Erhört werden allerdings eher die

Wünsche der Bauträger, die viel Geld mit Baugründen verdienen, auf denen später Häuser unter Wasser stehen.

Auch in Straßgang

Das passierte auch in Straßgang, weiß KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann, die selbst seit 35 Jahren in Bezirk wohnt: „Am Salfeldweg wurden auf einer Wiese Häuser gebaut, die jeden Sommer monatelang unter Wasser standen.“ Abgesichert war das Vorhaben durch ein Wassergutachten der „Hydroconsult“ von Bernhard Sackl. Der Erfolg: Die Hausbesitzer mussten 100.000e Euro in den Hochwasserschutz investieren und sitzen trotzdem oft weiter im Nassen. Am Grundstück gegenüber sei das Hydroconsult-Gutachten wesentlich

strenger ausgefallen; Schutzmaßnahmen waren plötzlich notwendig.

„Man macht Bauträgern Zugeständnisse in Gebieten, in denen nicht gebaut werden dürfte“, sagt Ina Bergmann. Wenn schon gebaut wird, muss man endlich Hochwasserschutzmaßnahmen treffen, die einem 100-jährigen Hochwasser entsprechen (HQ100), so wie es Bürgermeister Siegfried Nagl den Andritzern im Jahr 2006 versprochen hat. Dazu gehören Rückhaltebecken in Weinitzen und an der Stadtgrenze. Und im Grazer Westen braucht man einen größeren Sammelkanal, der das Hochwasser jener Bäche auffängt, die im Stadtgebiet nicht mehr versickern können und übergehen.

GASTKOMMENTAR

DI Horst Jörg,
BIA-Bürger-
initiative
Andritz

Chronologie
des Versagens

Der Hochwasserschutz in Andritz ist eine Chronologie des Versagens. Das Problem (Bauten in roter Verbotzone) war im Voraus erkennbar. Die Folgen gab es in Form von Millionenschäden zwischen 2005 und 2009.

Auslöser für die Flut im Ortskern von Andritz war die 30-cm-Abenkung des Schöckelbach-Ufers auf Höhe Peneffsiedlung. Wie uns bei einem Gespräch von Stadtrat Rüscher erklärt wurde, ist dies eine gewollte Austrittsstelle für Hochwasser!

2005 kam dann das große Versprechen von Bgm. Nagl, den Hochwasserschutz zur Chefsache zu machen und bis 2006 eine Sicherheit gegen 100-jährige Hochwasser (HQ100) zu schaffen!

Es folgten weitere Versprechen und Studien mit dem Ergebnis: Die Reparatur verkommt zu einer Halbheit; statt dem in Österreich normierten HQ100-Hochwasserschutz wird am Schöckelbach nur HQ50 umgesetzt. Mit der Begründung, kein Geld zu haben – das gibt man lieber für Grundstücksspekulationen aus. 2009 gab es wieder 3 Überschwemmungen, noch immer keinen fertigen Hochwasserschutz, dafür weitere Bauten ohne rechtskräftige Bescheide mitten im Hochwassergebiet. Ein normierter HQ100 Schutz wird den Andritzern verwehrt – sie müssen bei HQ100 mit Fluten von mehr als 6 m³/s rechnen!

Und selbst HQ50 ist in weiter Ferne; für die dazu nötigen Rückhaltebecken in Weinitzen gibt es noch nicht einmal Baubewilligungen.



KOMMENTAR

Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Chefideologe Franz V.

Wir müssten uns lösen von den Dogmen der 70er Jahre, meinte Landeshauptmann Franz Voves vor kurzem in einem Interview gegenüber der Kleinen Zeitung. Versorgung von der Wiege bis zur Bahre, das sei nicht mehr zeitgemäß.

Warum die Arbeitslosigkeit zunimmt, weshalb Profitstreben an erster Stelle steht anstatt der Menschen, diese brennenden Fragen sind für unseren „sozialdemokratischen“ Landeshauptmann gar kein Thema.

Damit hat es der oberste Boss der steirischen Sozialdemokratie endlich geschafft, sich nicht mehr von den Kapitalisten zu unterscheiden. Über den Ausgang der nächsten Wahlen braucht er sich wenigstens nicht mehr zu wundern, weil zwischen Rot und Schwarz jetzt kein Unterschied mehr besteht.

Konsequenterweise beteiligt sich Voves an der Vorbereitung des Sozialabbaus – vom Gratiskindergarten über die Wohnbauförderung bis zur Hacklerregelung – und behauptet, dies sei im Sinne von mehr „sozialer Treffsicherheit“.

Er sei kein Ideologe, meinte Voves und gibt damit vor, nicht zu wissen, dass er in Wirklichkeit längst Chefideologe des Kapitalismus ist.

Dabei ist Ideologie an sich nichts Schlechtes. Das ganze Leben wird von Ideologien bestimmt. Was wir aber brauchen, ist eine Ideologie, die die Interessen der arbeitenden Menschen vertritt anstatt jene des Kapitals, meint

Ihr Peter Scherz



Die KPÖ im Gespräch. Der KPÖ-Infobus tourt wieder durch die Stadt. Er steht am 23. April am Südtiroler Platz, am 7. Mai in der Herrengasse/Stubenberggasse, am 21. Mai am Hauptplatz/Sporgasse und am 11. Juni in der Mariensiedlung. **Beim Bus gibt es Infos zum Wohnen, zur Sozialhilfe und vielen anderen Problemen. Wir freuen uns wenn Sie vorbeischaun!**

Stadtteilzentrum Triestersiedlung

Am 29. Mai eröffnet der „Gesunde Bezirk Gries – Ein Bezirk zum Wohlfühlen“ in der Triestersiedlung ein soziales Stadtteilzentrum für ein besseres Zusammenleben im Viertel. Betreut wird das Zentrum nach der Eröffnung vom Verein „Illusions“. Öffnungszeiten: Mo, 15 – 19 und Do, 10 – 14 Uhr.

Geboten werden Kaffee, Tee, nette Gespräche und tatkräftige Unterstützung, ein **Malkurs** mit der ansässigen Künstlerin Irmgard Schönfelder (donnerstags ab 17:30 Uhr), ein **Lerncafé** der Caritas für Schüler von 6 bis 15 (jeden Fr. ab 13 Uhr), **Sprechstunden zu Konflikten, Bildungsangelegenheiten und Sozialberatung** jeden Fr. ab 18 Uhr.

FÖRDERUNG FÜR MEDIENKONZERN

Graz verliert, Styria gewinnt

Stadtregierung macht Millionen für den zweitgrößten Medienkonzern Österreichs locker.

STADT HAFET

Immer wieder übernimmt die Stadt Haftungen für private Investoren. Mit der Anzahl und Summe der Haftungen wächst auch das Risiko der Stadt, auf Schuldenbergen sitzen zu bleiben.

Bei der Thalia möchte der Bauträger Acoton, dass die Stadt eine Risikohaftung in Millionenhöhe übernimmt, nachdem sich das Projekt nicht wie geplant realisieren ließ. Bei den Reininghausgründen soll die Stadt mit 60 Millionen Euro einsteigen, beim neuen Styria-Quartier mit 50 Millionen.

Die Vergangenheit zeigt, dass die Millionen schnell fort sind – man denke an die Innenstadt-Initiative (InIn) oder den GAK-Konkurs. Die Stadt kann nicht für Privatunternehmen haften!

Ein neuer Park ist eine gute Sache. Besonders in Jakomini; der Bezirk ist mit öffentlichen Grünflächen nicht gerade gesegnet. Die aktuellen Pläne der grün-schwarzen Stadtregierung sehen so aus: Gut 105.000 Euro Pacht jährlich will Finanzstadtrat Gerhard Rüscher für rund 8.000 m² beim ehemaligen Sportklubplatz an die Styria abliefern. Dazu kommen die Kosten für die Errichtung des Parks. Der Medienkonzern, dem die Anlage gehört, will dort seine neue Zentrale errichten. Beginnt die Styria mit dem Bau, ist der Park auf dem Grundstück, das sie vor wenigen Jahren der Stadt Graz abgekauft hat, auch schon wieder Vergangenheit. Nach Meinung der KPÖ ein Hohn: „**Wären die Bewohner des Gebiets der Stadtregierung wirklich etwas wert, hätte man dieses Grundstück nie verkaufen dürfen**“, so Wohnungstadträtin Kahr.

Die KPÖ vermutet eine verdeckte Subventionierung des Medienkonzerns durch die Stadt Graz: „**Schließlich gibt die Stadt Riesensummen an Miete für ein Grundstück aus, das noch bis vor kurzem ihr selbst gehört hat**“, sagt KPÖ-Stadträtin Elke Kahr.

Haftung für 50 Mio.

Graz greift dem Styria-Konzern noch wesentlich stärker unter die Arme: Die Stadtregierung hat eine Haftung über 50 Millionen Euro für den Bau der Styria-Zentrale beschlossen. Im Gegensatz zum zweitgrößten Medienkonzern Österreichs, der jährlich gutes Geld macht, hat die Stadt allerdings eine Milliarde Euro Schulden.

Gegen die Vorgehensweise der Bau- und Anlagenbehörde beim Styria-Projekt haben die Bewohner jetzt eine Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht.

EHEMALIGE SARGTISCHLEREI

Gemeinderatsmehrheit erfüllt WEGRAZ alle Wünsche

Unser Leben ist mehr wert als eure Profite



Bebauungsplan Sargtischlerei: Stadtregierung und Gemeinderat wurden mit Klagen bedroht: Nur die KPÖ hielt stand.

Immobilienfirmen sind wichtiger als das Wohl der Bevölkerung. Das zeigt der Beschluss des Gemeinderates über den Bebauungsplan für die alte Sargtischlerei.

Vor einigen Jahren verkauften die Stadtwerke das Areal der ehemaligen Sargtischlerei an die Immobilien-gesellschaft WEGRAZ von Dr. Reinhard Hohenberg. Zuvor hatte die KPÖ in mehreren Anträgen im Gemeinderat versucht, das Gebiet im dicht besiedelten Viertel zwischen Schönaugürtel und Obere Bahnstraße als Grünraum zu sichern.

In der Gemeinderatssitzung im Februar 2010 stimmte man über den Bebauungsplan ab, der eine massive Verbauung des Areals vorsieht. Um diesen

Plan durchzudrücken, setzten Nagl & Co. die Gemeinderäte unter Druck. Sie wurden mit einer Amtshaftungsklage bedroht, sollten sie nicht für das WEGRAZ Projekt stimmen.

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr appellierte an die soziale Verantwortung: „Es muss allen klar sein, was mit einem Beschluss dieses Bebauungsplans angerichtet wird. Rund 60 vielfach kleine Kinder wohnen in den angrenzenden Wohnhäusern. Sie müssen sich dann winzige Restflächen teilen.“ Von Grünanlagen in dieser belasteten Gegend könne keine Rede mehr sein.

In der von der ÖVP geforderten namentlichen Abstimmung stimmten die KPÖ-Gemeinderäte gegen den Plan. Der fatale Beschluss einer restlosen Bebauung konnte leider nicht verhindert werden. Grüne und

SPÖ stimmten bedenkenlos mit.

Damit wurden die letzten Hoffnungen auf eine verträgliche Bebauung zerstört. Die Grazer KPÖ steht weiter auf der Seite der Bevölkerung. „Wir sind den Menschen verpflichtet und nicht den Wohnbaugesellschaften oder den Banken“, sagt Elke Kahr.

KPÖ FORDERT

Energische Maßnahmen gegen Wohnungsspekulanten
Mehr Platz für Kinderspielplätze und Erholungsanlagen im Wohnbereich.

Gesetzliche Regelungen, die diesen Forderungen gerecht werden – verbindliche Verankerung im Stadtentwicklungskonzept und im Flächenwidmungsplan.

EU nimmt Bauern aufs Korn

Auflagen für Haus-schlachtung wie für Industriebetriebe.

Ist gutes Fleisch vom Bauernmarkt bald Geschichte? Denn wie industrielle Schlachtbetriebe müssen Bauern seit 1. Jänner ausgestattet sein. Selbst wer nur zweimal pro Jahr ein Schwein schlachtet, hat nach einer EU-Hygienerichtlinie spezielle Schlachträume einzurichten.

Vorgeschrieben sind Raumhöhe, Helligkeit, das Gefälle im Boden, berührungslose Armaturen, ja selbst spezielle Siebe für Wasserabläufe und ein eigenes Belüftungssystem. Wer Fleischerzeugnisse herstellt, braucht drei Kühlräume – für schlachtwarmes, durchgekühltes und verarbeitetes Fleisch.

Ist der Schlachtraum eingerichtet, machen Kosten für ein jährliches Hygienegutachten vom Brunnenwasser, für Abklatschtests von Schlachtraum und Arbeitsgeräten, für Schlachtkörperproben, die Fleischschau und teure Vorschriften bei der Entsorgung tierischer Nebenprodukte den Bauern das Überleben schwer. Reinigungs- und Desinfektionspläne, Köder- und Fallenaufstellungspläne, Schädlingsbekämpfungs- und Temperatur-Kontrollblätter tragen zur Abschreckung von Direktvermarktern bei.

Industrie frohlockt

80 % der Bauern haben die Hofschlachtung bereits eingestellt, weil die Umrüstung auf Industriestandards nicht leistbar ist und die bürokratischen Hürden zu groß sind. Die Fleischindustrie frohlockt über „gleiches Recht für alle“ – so wird man die Konkurrenz durch Direktvermarkter bald los! Dann heißt es einmal mehr Masse statt Klasse im Kühlregal.

Augartensauna: Hoffen auf Rettung

4000 Unterschriften haben Freunde der Augartensauna gesammelt. Sie wollen verhindern, dass die beliebte Sauna beim Augarten gesperrt wird. Die Gäste sind sogar bereit, einen höheren Eintrittspreis zu zahlen.

„Die Gabelsbergersauna wurde ebenso wie die Margarethensauna vor einigen Jahren geschlossen. Nun soll unsere Sauna folgen“, versteht Günther Hampel die Stadt nicht. „Ist die Andritzer Sauna die nächste? Sollen nur die Sauna in Eggenberg und im Bad zur Sonne übrig bleiben?“, fragt der Stammgast der Sauna beim Augarten.

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr appelliert an die Stadtregierung: „So viele Unterschriften können doch nicht eiskalt ig-

noriiert werden! Die Schließung dieser Sauna bedeutet einen Verlust der sozialen Identität. Dass man sogar die Bereitschaft der Besucher ignoriert, höhere Preise zu akzeptieren, ist ein Witz.“

Die von der schwarz-grünen Stadtregierung geführte Graz AG will die Sauna schließen, weil sie pro Jahr 85.000 Euro Verlust schreibe. „Allein für ein Projekt am Sonnenfelsplatz nimmt man Mehrkosten von 300.000 Euro in Kauf, ohne mit der Wimper zu zucken“, vergleicht Kahr. Es gibt keinen zwingenden Grund, ausgerechnet am Areal der Augartensauna einen Betriebskindergarten der Stadtwerke AG zu errichten. Vielmehr ist zu vermuten, dass der nächste Schritt die Schließung des Bades sei.



Sagen Sie uns Ihre Meinung!
KPÖ-Elke Kahr,
Lagergasse 98 a, 8020 Graz, Fax
71 62 91 oder E-Mail: stadtblatt@
kpoe-graz.at



MEINUNG

KPÖ-Landtagsabgeordneter
Ernest Kaltenegger

„Kleines Glücksspiel“ – großer Schwindel

Mit dem Entwurf für eine Novelle des Glücksspielgesetzes hat die Bundesregierung einen Kniefall vor Österreichs größtem privaten Glücksspielkonzern gemacht. Es dürften alle wesentlichen Wünsche von Novomatic in Erfüllung gehen. Mit „kleinem“ Glücksspiel hat das neue Gesetz aber nichts mehr zu tun. Bei Spielsüchtigen kann noch leichter abkassiert werden.

Der zulässige Höchsteinsatz soll am Geldspielautomaten von 50 Cent auf 10 Euro (in Spielhallen) steigen. Und das bei einer Dauer von einer (!) Sekunde pro Spiel. Künftig wird es ein Leichtes sein, innerhalb von fünf Minuten einen Monatslohn zu verspielen. So gesehen wird eine per Gesetz verordnete „Abkühlungsphase“ nach drei Stunden am Automaten zur Farce, denn dann dürfte der Spieler ohnehin schon längst pleite sein.

Tausende Menschen wurden durch Spielsucht in den letzten Jahren bereits ruiniert. Familien und Freundschaften sind zerbrochen, Menschen sind völlig ins soziale Abseits geraten, Straftaten in der Folge von Spielsucht stiegen dramatisch an, sogar der Freitod schien manchen der einzige Ausweg zu sein.

Die Verantwortlichen in der Politik schauen entweder weg oder sie begünstigen diese Entwicklung sogar noch. Sollte der nun vorliegende Gesetzesentwurf tatsächlich vom Nationalrat beschlossen werden, wird die KPÖ im Landtag ein generelles Verbot des „Kleinen Glücksspiels“ in der Steiermark beantragen. Dann können auch die anderen Landtagsparteien zeigen, auf wessen Seite sie stehen.

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104
ernest.kaltenegger@kpoe-graz.at

Gerechtigkeit für Kubaner

Seit der Revolution 1959 versuchen die USA, Kuba zu destabilisieren. In den 1990er-Jahren haben fünf Kubaner Beweismaterial für geplante Terrorakte in ihrem Land durch Exilkubaner gesammelt. Das Material wurde 1998 von der kubanischen Regierung an die US-Behörden übergeben. Anstatt gegen die Terroristen vorzugehen, wurden allerdings die fünf Aufdecker verhaftet und zu lebenslangen

Haftstrafen verurteilt. Das, obwohl das Gericht zugestand, dass die Aufklärung nie gegen die USA gerichtet war.

Das Komitee: Austria „Free the Five“ pocht seit 2002 darauf, dass den Verhafteten Gerechtigkeit widerfährt. Sie dürfen nicht einmal von ihren Angehörigen besucht werden.

Der Grazer Kulturverein-Che ist in dieser Sache aktiv: Siehe auch: <http://www.kulturverein-che.at/>

NICHT IMMER GEWINNT DIE BANK:

Schadenersatz bei Spielsucht

Die KPÖ unterstützt ehemalige Spielsüchtige, Geld von Automatenbetreibern zurückzuerhalten. Die Steirische Volksstimme interviewte den mit den Klagen beauftragten Rechtsanwalt Dr. Felix Ehrnhöfer.



Der Rechtsanwalt Dr. Felix Ehrnhöfer beschäftigt sich mit der Glücksspielproblematik in Österreich.

entstandenen Schaden – also die Spielverluste – zu ersetzen.

Gilt diese Rechtsprechung auch für Automatenbetreiber, obwohl diese nicht dem Glücksspielgesetz unterliegen?

Ja. Das Glücksspielgesetz ist nur dann nicht anwendbar, wenn der Spieleinsatz 50 Cent und der mögliche Gewinn 20 Euro nicht übersteigt. Diese Schutzvorschrift wird von Automatenbetreibern aber oft verletzt. Durch die Begrenzung der Einsätze und der Gewinnmöglichkeiten

wollte der Gesetzgeber gerade vermeiden, dass Spielsüchtige ihre Existenzgrundlage gefährden. Daher müsste der OGH auf Grund seiner bisherigen Rechtsprechung auch Ersatz zusprechen, wenn ein Spielsüchtiger sein Geld an Automaten verspielt hat, die höhere Einsätze erlaubt haben.

Wie kann man beweisen, dass Spielautomaten höhere Einsätze zulassen?

Man hört immer wieder, dass Automaten manipuliert werden. Das heißt, dass diese bei Kontrollen nur Einsätze bis 50 Cent zulassen, im „Normalbetrieb“ aber mehr als das Zehnfache. Hier wäre es wichtig, dass der Spielsüchtige Zeugen benennen kann, die gesehen haben, dass der Automat auch höhere Einsätze zulässt.

Wie kann ein Spielsüchtiger die Höhe seiner Verluste nachweisen? Spieler führen ja keine Aufzeichnungen über ihre Spieleinsätze!

Wenn der Spielsüchtige über geordnete Unterlagen verfügt, erleichtert das die Prozessfüh-

rung. Der Spielsüchtige muss nicht jeden einzelnen Einsatz aufzeichnen. Auch durch Abhebungen vom Bankomaten, Zeugenaussagen von Verwandten oder anderen Spielern kann der Nachweis der Höhe der Spielverluste erbracht werden. Das österreichische Prozessrecht sieht auch vor, dass die Gerichte die Höhe eines Schadenersatzbetrages schätzen können, wenn dem Grunde nach feststeht, dass ein Anspruch gegeben ist.

Mit welchem Prozesskostenrisiko muss ein Geschädigter rechnen?

Das Risiko kann beträchtlich sein. Über die Jahre ergeben sich meist verspielte Beträge von mehreren zehntausend Euro. Die Prozess- und Gerichtskosten sind umso höher, je höher der Betrag ist, den man einklagt. Wer sich durch seine Spielsucht schon um seine Existenz gebracht hat, kann dieses Risiko kaum tragen.

Welche Möglichkeiten bleiben Geschädigten, die sich einen Prozess nicht leisten können?

Wenn eine aufrechte Rechtsschutzversicherung besteht, ist es sinnvoll zu prüfen, ob diese den Prozess finanziert. Wenn nicht, besteht die Möglichkeit, Verfahrenshilfe zu beantragen.

Steirische Volksstimme: Herr Dr. Ehrnhöfer, wer an einem Glücksspiel teilnimmt, muss doch damit rechnen, dass er verliert. Gibt es dennoch Beispiele, wo Spielsüchtige erfolgreiche Klagen gegen Casinobetreiber eingebracht haben?

Rechtsanwalt Dr. Felix Ehrnhöfer: Ja! Diese Rechtsprechung betrifft aber bisher nur das Glücksspielmonopol des Bundes, das im Glücksspielgesetz geregelt ist. Der Oberste Gerichtshof hat erstmals 1999 entschieden, dass einzelne Bestimmungen des Glücksspielgesetzes auch dem Schutz des einzelnen Spielers dienen. Missachten zum Beispiel die Casinos Austria diese Schutzbestimmungen, dann sind sie verpflichtet, Spielsüchtigen den

Protest gegen die Landespolitik.

Mit einer Protestaktion gegen die Landespolitik, die der Glücksspielloobby tatenlos beim Abkassieren zusehen – machte KPÖ-Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger gemeinsam mit Spielsucht-Geschädigten am Jakominiplatz auf die Probleme rund um die Spielsucht aufmerksam. „Wir werden den Kampf gegen diese Geschäftsmacherei weiterführen“, versprach er.



DAS FORDERT DIE KPÖ

- **Verbot des Geldscheineinzuges** bei Spielautomaten, Einhaltung des gesetzlichen Höchstesatzes von 50 Cent innerhalb einer bestimmten Spieldauer, damit nicht in einer Minute hunderte Spiele zu 50 Cent stattfinden können.
- **Standortabgabe** auf Wettcafés und Erhöhung der Automatenabgabe.
- **Jugendschutz, Therapieangebote** für Spielsüchtige

DIE EURO-LÜGE IST GEPLATZT

Einheitswährung schützt nicht vor Krise

Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien bekommen von der EU beinharte Sozialabbau-Pakete vorgeschrieben, damit der Euro nicht in Gefahr gerät. Gehaltskürzungen, neue Steuern, höheres Pensionsalter: Das alles wird gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt, damit die Finanzwelt ruhig schlafen kann.

Die Euro-Lüge ist geplatzt: Seit Beginn der Krise haben uns die Meinungsmacher eingeredet, dass EU und Euro uns vor der Krise schützen würden.

Jetzt ist das Euro-Land Griechenland nahe an der Zahlungsunfähigkeit. Und die dominierenden EU-Mächte demonstrieren am Beispiel Griechenlands, wie man Staaten zu behandeln gedenkt, die sich nicht an die Vorgaben aus Brüssel halten. Griechenland wird sein Tafelsilber, die profitablen Staatsbetriebe, unter Preis verscherbeln müssen, es wird öffentliche Dienstleistungen und soziale Risikosicherungsnetze abbauen und Löhne kürzen. Auf diese Weise hat Griechenland für lange Jahre nicht die geringste Chance, wirtschaftlich auf die Beine zu kommen.

Um die Profite von Banken in Deutschland oder Frankreich zu sichern, stellt man gleichzeitig Milliarden an Steuergeldern bereit. Allein Österreich muss 900 Millionen zahlen und dafür einen Kredit aufnehmen.

Es geht dabei nicht um irgendwelche „griechische Schlawiner“, es geht um uns. Deshalb unterstützt die KPÖ die Proteste und Streiks in Griechenland. Die Milliarden aus den Bankenrettungspaketen werden bei der Masse der Bevölkerung

eingetrieben. In diesem Zusammenhang setzt man Verschlechterungen im Sozialsystem durch, die schon lange geplant worden sind.

Wann wird das Österreich treffen? Schon jetzt redet man bei uns über Belastungspakete und Steuererhöhungen. Die Euro-Lüge ist geplatzt. Die Belastung der Bevölkerung ist eine Tatsache.

EURO-FIGHTER

Trotz Sparprogramm soll Griechenland aufrüsten. Deutschland drängt Athen zum Kauf von Eurofightern, die von einem Rüstungskonsortium mit Sitz in Hallbergmoos (Bayern) hergestellt werden. Außenminister Westerwelle verlangte, die griechische Regierung solle sich ungeachtet ihrer Finanznot für den Eurofighter entscheiden. So fließt das Geld zurück nach Deutschland, die Griechen müssen zahlen. Zur Erinnerung: Der EU-Vertrag enthält eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedsstaaten: Ist Aufrüstung ein Mittel zur Krisenbewältigung?

5. Österreichisches Sozialforum

13.-16. MAI 2010
IN LEOBEN/STMK

www.sozialforum-asf.at



Das Österreichische Sozialforum findet in Leoben statt. Alternative Vereine und soziale Bewegungen laden zu Diskussion und Meinungsaustausch auf allen Gebieten des täglichen Lebens ein.

Unter vielen anderen Programmpunkten gibt es eine Diskussion mit Jean Ziegler oder die Vorstellung des neuen Buchs von Michael Scharang oder des von Christian Stenner herausgegebenen Bandes „Kritik des Kapitalismus“.

Ein Höhepunkt des Unterhaltungsprogramms im Rahmen des Sozialforums: „Nackte Zahlen“ – Kabarett mit Leo Lukas und Simon Pichler. (Bild Re.)



Eine Andere Welt ist möglich!

„Umweltzonen“ diskriminieren sozial Schwache

Der Feinstaubwinter 2009/2010 und der Druck der EU bleiben nicht ohne Folgen.

Die schwarz-grüne Rathauskoalition hat sich auf Fahrverbote ab 2011, auf die Pflicht zum Fernwärmeanschluß und (wenn der Verkehrsverbund mitspielt) auf ein vergünstigtes Winterticket bei den GVB geeinigt.

Statt Beifall für die „Umweltschützer“ gibt es aber Kritik von fast allen Seiten. Kein Wunder: Das Konzept ist nicht ausgereift und nimmt sehr wenig Rücksicht auf die sozialen Probleme von Menschen mit niedrigem Einkommen. „Landesrat Wegscheider und die schwarz-grüne Rathauskoalition sollen isolierte

Teilmaßnahmen nicht als Problemlösung in Sachen Feinstaub verkaufen“. Das stellte die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr fest.

Feinstaub ist gefährlich, Umweltzonen bringen aber die Lösung nicht in Sicht. Wir müssen Maßnahmen setzen, die den Menschen wirklich helfen. Außerdem darf die

Verantwortung der Industrie für die Umweltgefährdung nicht verschwiegen werden. Bevor man solche Zonen erfindet und Menschen bestraft, die auf ältere Autos angewiesen sind, muss man seine Hausaufgaben erfüllen. Im eige-

nen Bereich leistet das städtische Wohnungsamt durch das Fernwärmeausbauprogramm für Gemeindebauten schon seit 1998 einen aktiven Beitrag zur Feinstaubvermeidung.



Das fordert die KPÖ

- **Ausbau öffentlicher Grünflächen** durch Neuankäufe von Wäldern, Grün- und Erholungsflächen.
- **Verringerung des Schadstoff-Ausstoßes** besonders bei Feinstaub und CO₂ – durch forcierten Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Förderung des Radverkehrs.
- **Freifahrt für Öffentliche Verkehrsmittel** bei Grenzwertüberschreitungen.

Kurzsichtige Hochschulpolitik

Zugangsbeschränkungen führen nicht aus der Uni-Misere

WISSEN IST MACHT
Bildungskongreß der KJÖ,
24.4.2010, 14:00h, Volkshaus Graz

Die Studierendenproteste im Herbst haben die fatale Situation unserer Unis aufgezeigt. Die ÖVP will dem Problem mit Zugangsbeschränkungen begegnen und setzt damit die Zukunft aufs Spiel.

Spätestens seit vergangenem Herbst ist klar, dass an den heimischen Universitäten etwas nicht stimmt. Es waren keineswegs „faule Studenten“, die österreich- und europaweit Hörsäle besetzt und Straßen mittels Demonstrationen blockiert haben. Es waren junge Menschen mit dem Drang, sich weiterzubilden, die wegen der teils katastrophalen Zustände keinen anderen Weg fanden, ihre Wut kundzutun. Sie protestierten gegen



Von Sebastian Wisiak

überfüllte Hörsäle, jahrelange Studienverzögerungen ohne Eigenverschulden und dagegen, dass ihr Studium sich nur noch daran orientiert, was für die Wirtschaft gerade wichtig ist – unabhängig davon, ob das später noch gefragt ist. Wären die Bildungsausgaben gemes-

sen am Bruttoinlandsprodukt seit 1995 konstant geblieben, hätte der Staat mittlerweile zwölf Milliarden Euro mehr in Bildung investiert. Doch statt Geld für Bildung gab es immer mehr Steuergeschenke für Unternehmen und die Reichsten im Lande.

Die Situation ist hausgemacht, wird nun aber als Rechtfertigung für eine Reglementierung des Zugangs herangezogen. Dabei wird aber vergessen: Die Zugangsbeschränkungen lösen vielleicht das Platzproblem, aber schaffen ein soziales! Eine gute Ausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Nicht nur in Krisenzeiten ist diese ein großes Problem, weil sie den Konsum und damit das Wirtschaftswachstum hemmt, ganz abgesehen von den Fol-

gen für die Betroffenen. Eine Beschränkung begünstigt jene, die sich dank teurer Privatschulen und kostenpflichtiger Vorbereitungskurse einen Vorteil verschaffen können – womit für die ärmeren Schichten die soziale Lage zunehmend zementiert wird. Ministerin Karl will mit einer Erhöhung der für die Wirtschaft „gefragtesten“ Fachhochschulstudienplätze einen großen Wurf landen, aber handelt damit sogar für die Unternehmer kurzfristig. Denn was heute einem Hype unterliegt, ist morgen schon wieder Schnee von gestern. Bildung darf weder kurzfristigen Profitinteressen der Unternehmer untergeordnet, noch eine nur für Reiche leistbare Ware werden.

Bildung ist ein Menschenrecht!

GEBEN STATT NEHMEN

zuhören - helfen - umsetzen

Kampf für Gerechtigkeit geht weiter

Wechsel im Landtagsklub der KPÖ: Ernest Kaltenegger übergab die Führung an Claudia Klimt-Weithaler.

Ernest Kaltenegger, fällt Dir der Abschied von der Politik schwer?

Kaltenegger: Ich bin seit mehr als 40 Jahren politisch aktiv, mehr als die Hälfte dieser Zeit hatte ich Mandate inne. Irgendwann kann man sich etwas anderes vorstellen. Es waren auch gesundheitliche Gründe, die für einen Generationswechsel sprachen.

Du verspürst also kein bisschen Wehmut?

Kaltenegger: Wehmut empfinde ich nicht. Ich bleibe ja ein politischer Mensch. Es war einfach an der Zeit, einen Wechsel vorzunehmen. Mit Claudia Klimt-Weithaler haben wir eine Person gefunden, die für die vor uns liegenden Aufgaben vielleicht sogar geeigneter ist als ich.

Kann die KPÖ ohne Ernest Kaltenegger weiterhin die politische Konkurrenz im Land herausfordern?

Claudia Klimt-Weithaler: Die Großparteien werden im Herbst massiv verlieren, weil denkende Menschen wissen, dass uns diese schnurstracks in die Krise geführt haben. Die Grünen und die Rechten werden nicht vom Fleck kommen, weil die Menschen wissen, dass sie dieselbe Politik verfolgt hätten, wenn man sie gelassen hätte. Bleibt die Frage, wo der Protest hingehet? Zur extremen Rechten, die nur plump hetzt und sich an den Futtertrögen der Macht bedient, oder zur KPÖ. Ich werde alles dafür ge-



Foto: J.J.Kucek

Ernest Kaltenegger bleibt als Abgeordneter im Landtag. Claudia Klimt-Weithaler ist neue Klubobfrau: „Ohne eine starke KPÖ wird es in sozialer Hinsicht viel kälter werden.“

ben, dass es die KPÖ ist, weil sie die einzige Alternative zum Turbokapitalismus ist.

Wie schafft man es nach vielen Jahren in der Politik, anständig zu bleiben?

Kaltenegger: Das Wichtigste ist, nicht den Kontakt zu den einfachen Leuten zu verlieren. Ich wollte nie überall dort auftauchen, wo ein Kamerateam ist, nur um dann im Fernsehen zu sein. Wenn aber jemand anruft, der in Not ist, muss man sich die Zeit nehmen. Das lässt einen am Boden bleiben.

Weithaler: Das sehe ich auch so. Und wir verdienen – im Gegensatz zu den Abgeordneten anderer Parteien – nicht mehr als FacharbeiterInnen. Nur so ist unsere Polititk glaubwürdig.

Apropos Wahlerfolge: Welcher war im Rückblick der Schönste?

Kaltenegger: Der schönste Erfolg war eigentlich ein Misserfolg. Als ich das erste Mal in Graz kandidierte, das war 1983, haben wir um den Verbleib im Gemeinderat gezittert. Wir fürchteten, dass es beim Ausscheiden aus dem Gemeinderat lange bis zum Wiedereinzug dauern könnte. Am Ende verloren wir 0,2 Prozent, aber konnten ein Mandat retten. Dass wir 20 Jahre später drittstärkste Kraft in der Stadt und dann auch im Land sein würden, ja, dass wir uns in weiterer Folge sogar landesweit als glaubhafte linke, soziale Kraft etablieren könnten, hätte ich mir damals nicht erträumt.

Zum Schluss: Was wirst Du im April 2011 machen?

Kaltenegger: Im April 2011?! Da werde ich vermutlich am Karst wandern und mich mit der Geschichte dieser Gegend und ihrer Menschen beschäftigen. Es gibt noch genug Dinge, die mich interessieren, die ich entdecken will.

Und wo steht Claudia Klimt-Weithaler im April 2011?

Weithaler: Da werde ich an der Spitze eines von den WählerInnen bestätigten Landtagsklubs in der Steiermark stehen. Denn ohne eine starke KPÖ wird es in der Steiermark vor allem in sozialer Hinsicht kälter werden.



Landtagswahl 26. Sept. 2010

**zuhören
helfen -
umsetzen**

KPÖ
wirkt

Claudia Klimt-Weithaler, Liste 3

SCHWARZ-GRÜN LÄSST ALARMGLOCKEN LÄUTEN

Droht Privatisierung der Pflegeheime?

Die schwarz-grüne Stadtregierung lässt die Statuten der Stadt Graz ändern, um den Verkauf von Pflegeeinrichtungen und die private Geschäftemacherei mit Pflege zu erleichtern.

An den ehemaligen Pflegeheimen von Gemeinden (z.B. Trofaiach, Knittelfeld) verdienen private Betreiber prächtig; mit dem Geld der Gepflegten und den Zuschüssen des Landes. Ähnliches droht nun auch in Graz. Am 23. März hat der Landtag eine Statutenänderung für Graz beschlossen. Privatisierungen bei der Daseinsvorsorge sollen künftig einer 2/3-Mehrheit im Gemeinderat bedürfen. Allerdings werden die Geriatrischen Gesundheitszentren

und Pflegeheime der Stadt von dieser Regelung ausgenommen. Ein Schelm, wer Böses denkt?

Der KPÖ-Abgeordnete Ernest Kaltenegger ist skeptisch: „Die Pflegeeinrichtungen gehören unbedingt geschützt. Privatisierung und Geschäftemacherei in diesem Bereich sind ja in unserem Bundesland keine Besonderheit. Dass unsere Bedenken vom Tisch gewischt wurden, lässt die Alarmglocken läuten.“

Der „Privatisierungsschutz“ lässt sich bequem umgehen, indem Einrichtungen einfach an die stadteneigene Schuldenverwaltungsfirma GBG (Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft) ausgegliedert werden. Dadurch verliert Gemeinderat die Kontrolle über das öffentliche Eigentum. Die GBG versilbert auch regel-

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ-Landtagsabgeordnete): „Die Geschäftemacherei mit der Pflege verhindern!“



mäßig Immobilien, die einst der Stadt gehörten.

Es ist zu befürchten, dass sich die Rathauskoalition mit der Verschönerung der Pflegeheime das eine oder andere Prestigeobjekt finanzieren möchte. Dabei zeigt die Erfahrung, dass private Pflegeheime die öffentliche Hand teuer kommen. Das Pflegeheim-Imperium des BZÖ-Politikers Harald Fischl etwa hat Anteile an seinen Häusern um gutes Geld an den

deutschen Immac-Pflegefonds verkauft. Der verspricht seinen Anlegern knapp 200% Rendite in 25 Jahren – aus dem Pflegegeld und unserem Steuergeld.

Auf Antrag der KPÖ hat der Landtag erst im Dezember 2009 beschlossen, in Zukunft nur noch auf öffentliche oder gemeinnützige Träger zu setzen. Nur die ÖVP stimmte dagegen. „Jetzt haben sich auch die Grünen und die SPÖ der ÖVP-Haltung angeschlossen. Wir stehen einer Koalition der Privatisierer gegenüber, die ihre eigenen Beschlüsse nicht ernst nimmt. Im Interesse der GrazerInnen muss alles getan werden, damit einer Geschäftemacherei mit den Pflegeheimen nicht Tür und Tor geöffnet wird“, so KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler.

CD: Laut gegen rechts

Ein tolles „Wahlgeschenk“ für junge Menschen hat die Kommunistische Jugend (KJÖ) auf Lager: Die CD „Laut gegen rechts“, auf der sich 24 coole Titel heimischer Musiker finden.

Robert Krotzer (22, KJÖ-Vorsitzender), Belinda Zangerl (24, KJÖ-Sprecherin) und KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler wollen damit der jungen Generation zeigen, dass die Jungen für KPÖ und KJÖ „mehr sind als nur Stimmvieh“. Im Gegensatz zur gleichgültigen ÖVP und SPÖ und zur rassistischen FPÖ setzt sich die KPÖ im täglichen Leben für kostenlose Bildung, Hilfe für Lehrlinge, kleine Schulklassen und vieles mehr ein.

Die CD wird erstmals am Zeugnistag am Grazer Hauptplatz gratis an Schülerinnen und Schüler verteilt.



Laut gegen rechts – JugendkandidatInnen der KPÖ am 26. September: Belinda Zangerl und Robert Krotzer mit KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler.

STROM KOSTET AN STROMBÖRSE SO WENIG WIE 2005

Strompreissenkung ist überfällig

Die Niedrigsten Strompreise an der Börse seit 2005 werden weiterhin nicht an Haushaltskunden weitergegeben, kritisiert KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg und fordert: „Endlich niedrigere Strompreise!“

Fünfmal wurde der Strompreis in den letzten Jahren angehoben. „Eigentlich hätten die steirischen Haushalte schon längst einen Brief von der EStAG erhalten sollen“, meint der KPÖ-LAbg. Werner Murgg. Inhalt: Die Preise an der Strombörse sind um 45 Prozent gegenüber dem Zeitpunkt der letzten Preiserhöhung im Juli 2008 gesunken. Daher senkt auch die EStAG ihre Strompreise.

Doch das Gegenteil ist der

Fall: In der Ära Voves/Schachner-Blazizek wurde der Strompreis fünfmal mit dem Verweis auf die Strombörse erhöht. Nach dem andauernden Preisverfall an den Strombörsen wird nun verschwiegen, dass die Einkaufskonditionen für Strom und Gas sich in den letzten eineinhalb Jahren gewaltig verbessert haben.

Für KPÖ-LAbg. Werner Murgg sind die Aussagen der EStAG, dass die Strompreise weiter hoch bleiben sollen, aufklärungsbedürftig. Seit 2005 wurden die Strompreise (ohne die regulierten Netztarife) unter Verweis auf die Börse um mehr als 50 Prozent angehoben. Zugleich vermeldete die EStAG Jahr für Jahr neue Rekordgewinne. Jetzt sind die Börsenpreise so niedrig

wie zuletzt Ende 2005, aber die längst fällige Strompreissenkung bleibt aus. Murgg: „Gerade in Zeiten hoher Belastungen für Arbeitslose und Kleinverdiener muss es selbstverständlich sein, dass die EStAG ihre gesunkenen Einkaufspreise an die steirischen Haushalte weiterreicht.“

100 Mio. Euro ungerechtfertigt abkassiert?

Murgg schätzt, dass seit 2005 mindestens 100 Mio. Euro ungerechtfertigt den Steirerinnen und Steirern aus der Haushaltskasse gezogen wurden. Der Großteil davon wanderte nach Wien zum Verbundkonzern, zum Finanzminister und nach Paris zum EStAG-Teilhaber EDF. Daher fordert die KPÖ von Landeshauptmann

Voves ein „Transparenzkonto“ für die EStAG:

Transparenzkonto

„Nachdem LH Voves Beschlüsse des Landtages zur Strompreissenkung beharrlich ignoriert und dem Landtag auch substantielle Auskünfte zur EStAG verweigert, sollte er wenigstens eine Art ‚Transparenzkonto‘ zulassen: Die EStAG soll unabhängigen Fachleuten wie etwa dem Stromregulator Boltz und Experten aus dem Rechnungshof erklären, warum die Strompreise seit 2005 ständig gestiegen sind und jetzt oben bleiben“, fordert LAbg. Murgg einen transparenten und verantwortungsbewussten Umgang mit öffentlichen Geldern und öffentlichem Vermögen.

NEUE RAUMORDNUNG: SCHWARZER TAG FÜR STEIERMARK

Gesetz für Bodenspekulanten

ÖVP und SPÖ segnen ein neues Raumordnungsgesetz ab, das Bodenspekulation und Zersiedelung Tür und Tor öffnet.

Das war ein schwarzer Tag für die Steiermark“, so Ernest Kaltenegger zum Beschluss des neuen Raumordnungsgesetzes, „**Bodenspekulation und Zersiedelung sind nun Tür und Tor geöffnet**“. Denn nun können Bürgermeister in der Steiermark fast überall im Freiland Baugenehmigungen erteilen. Aus Sicht des KPÖ-Landtagsabgeordneten ist das eine der schlimmsten Auswirkungen der neuen Raumordnung, die am 23. März im Landtag beschlossen wurde. Eine fundierte

Warnung der Architektenkammer wurde einfach ignoriert.

Gewinne zu Lasten der Umwelt

Nicht angetastet werden hingegen Umwidmungsgewinne. Das sind Wertsteigerungen, die Grundstücke durch eine Umwidmung in Bauland erfahren. Die KPÖ hatte wiederholt gefordert, diese Art der Bodenspekulation mit einer Investitionsabgabe und der Möglichkeit der Rückwidmung nach einer mehrjährigen Frist, in der keine Bebauung stattfindet, zu unterbinden.

LAGb. Ernest Kaltenegger: „**Die neuen Bestimmungen sind äußerst kurzsichtig, weil sie darauf abzielen, einer größtmöglichen Zersiedelung Tür und**

Tor zu öffnen. Viele Gemeinden werden in einigen Jahren an den Folgekosten dieser Politik finanziell zerbrecen, weil die Infrastrukturkosten bei einer planlosen Zersiedelung gewaltige Ausmaße annehmen.“

Kaltenegger erinnert daran, dass Umweltexperten des Landes Steiermark darauf hingewiesen haben, dass das neue Raumordnungsgesetz im Widerspruch zu den Zielen des Steiermärkischen Klimaschutzplanes steht. Kurzfristig verankerte Placebo-Maßnahmen können nicht über die Unzulänglichkeiten des Gesetzes hinwegtäuschen. Die Folge: Im Grünen wird mehr gebaut, man braucht mehr Straßen, es wird mehr Auto gefahren, der CO₂-Ausstoß steigt...



Steirische Gemeindewahl Mehr Gerechtigkeit: KPÖ zieht in viele Gemeinderäte ein

Groß ist die Freude bei der KPÖ über das beste Ergebnis bei Gemeinderatswahlen seit 1970. Die Mandatszahl hat sich verdoppelt, in Trofaiach stellt die KPÖ sogar die Vizebürgermeisterin.

Die KPÖ hat bei den steirischen Gemeinderatswahlen am 21. März ihr bestes Ergebnis seit 1970 erreicht. In Trofaiach verdoppelte die KPÖ sogar ihr letztes Ergebnis und kommt nun auf fast 20 Prozent. Spitzenkandidatin Gabi Leitenbauer wird die erste steirische KPÖ-Vizebürgermeisterin. In Eisenerz gewinnt die KPÖ drei Mandate mit 13,74 Prozent der Stimmen. In Mürrzuslag kam die KPÖ auf 10,28 Prozent. In Leoben und Knittelfeld hat die KPÖ nun 3 Mandate bzw. 4 Mandate und einen Sitz im Stadtrat.

In Weiz, Kapfenberg, Bruck an der Mur, Spielberg und vielen anderen steirischen Gemeinden zieht die KPÖ neu in den Gemeinderat ein. Insgesamt hält die KPÖ Steiermark nun 28 Mandate außerhalb der Landeshauptstadt Graz – mehr als doppelt so viele wie 2005.



**26. September: eine Wahl, die sich lohnt!
Feuerzeug anfordern unter 877/51 04**



„I woat auf die Tramway und sie kummt net? Ist diese Idylle vor der Remise in der Steyrergasse ein Sinnbild für die Vernachlässigung des öffentlichen Verkehrs? LESERFOTO.“





Mindestlohn

Die ÖVP lehnt es vehement ab, einen menschenwürdigen Mindestlohn in Österreich gesetzlich zu verankern. „Es ist seltsam, wenn hoch bezahlte Berufspolitiker im Namen von Berufstätigen mit weniger als 800 Euro im Monat eine Sozialschmarotzerdebatte führen“, wundert sich KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler.

Gratis-Kindergarten?

Nach der Wahlschlappe bei der Gemeinderatswahl im März stellte Landeshauptmann Franz Voves den Gratis-Kindergarten – von der SPÖ stets als „historischer Erfolg“ gefeiert – in Frage. Die zuständige SPÖ-Landesrätin Elisabeth Grossmann stimmte gehorsam ein. Vor den Folgen warnt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Abschaffung des Gratis-Kindergartens wäre ein Rückschritt. Wir lehnen Belastungen für die Familien ab.“



Niemand kam auf den Gedanken, dass ich als Frau zu etwas anderem taugen könnte als zur Sekretärin.

Elinor Ostrom,
Wirtschafts-Nobelpreisträgerin 2009

Gleiches Geld für gleiche Arbeit: Die KPÖ setzte durch, dass es Wirtschaftsförderung künftig nur noch für Unternehmen gibt, die Frauen und Männern gleich viel bezahlen. Derzeit liegt Österreich in der EU an letzter Stelle, wenn es um Einkommensgerechtigkeit bei Frauen und Männern geht!

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG:

Nur bei Gleichbehandlung!

Fördergeld für Unternehmen gibt es in der Steiermark künftig nur mehr dann, wenn ein Betrieb Frauen und Männer gleich entlohnt.

Österreich ist Schlusslicht bei Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern. So darf es nicht bleiben, meint die KPÖ. Im Landtag Steiermark wurde auf Antrag der KPÖ beschlossen, Wirtschaftsförderungen nur mehr an Unternehmen zu vergeben, die Männern und

Frauen gleiche Löhne für gleiche Leistung zahlen.

Der KPÖ geht es vor allem darum, dass Frauen in Österreich nach wie vor deutlich schlechter bezahlt werden als Männer. Der Einkommensunterschied beträgt im Schnitt 25%. In den EU-Ländern ist die Lage nur in Tschechien noch schlechter, während Frauen in Italien fast gleich viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen.

Frauen weniger wert?

Wirtschaftslandesrat Christian Buchmann (ÖVP), der jeden

Eingriff trotz offensichtlicher Ungerechtigkeiten für unzulässig hält, bekam von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler ein T-Shirt mit einer Statistik über Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in der EU. Österreich liegt mit 25 Prozent zusammen mit Tschechien an letzter Stelle.

Klimt-Weithaler an Landesrat Buchmann: „Herr Landesrat, Sie haben Ihren Eid der Republik Österreich und dem Land Steiermark geleistet, nicht dem Wirtschaftsverband und der Industriellenvereinigung. Bitte handeln Sie auch so.“ Buchmann, auch amtierender Landesgruppenobmann des Steirischen Wirtschaftsbundes, nahm es dezent sauerlich hin.

Die Wirtschaftsförderung war 2009 gefragt wie nie zuvor: 2300 Projekte wurden mit rund 62 Millionen Euro gefördert. Das Budget 2010 macht 86 Millionen Euro aus.

Gute Stimmung am Frauentag

Claudia Klimt-Weithaler hatte am Weltfrauentag zum Frauen-Frühstück in Volkshaus Graz geladen und viele sind gekommen. „Wir mussten zusätzliche Tische aufstellen“, freut sich die KPÖ-Spitzenkandidatin. Bei Speis und Trank wurde dis-

kutiert, dazu gab es Live-Musik. Ein Beschwerdebriefkasten wurde eingeführt (Im Internet: www.kpoe-steiermark.at unter „Frauenrechte jetzt!“). Dort können Frauen ihre Wünsche deponieren – die KPÖ wird diesen politischen Gehör verschaffen.



Schreiben Sie mir Ihr Anliegen:
claudia.klimt@kpoe-steiermark.at
KPÖ Landtagsklub
Herrrengasse 16/3, 8010 Graz
Tel: 0316 / 877 51 02
Fax: 0 316 / 877 51 08
Als Dank erhalten Sie diesen echtroten Nagellack.

Ferien mit Kinderland

Ob Sommer-, Oster- oder Winterferien – Kinderland hat immer etwas zu bieten. Über 700 Kinder verbringen jedes Jahr ihre Ferien bei Kinderland. Kinder und Eltern stehen im Mittelpunkt der Aktivitäten von Kinderland.

bestens gepflegt, sinnvoll, sowie sportlich gesund „beschäftigt“ wissen wollen, dann: Auf in die Ferien mit Kinderland!

Kosten und Zuschüsse

KINDERLAND Steiermark ist eine gemeinnützige Institution, die sich unter anderem die Aufgabe stellt, die Preise für die Kindererholung so niedrig wie möglich zu halten. Dies ist nur durch die ehrenamtliche Tätigkeit aller unserer MitarbeiterInnen möglich und durch den Umstand, dass mit ihrer Hilfe laufend Verbesserungen in den Ferienheimen getätigt

werden. Ein Kind pro Mitarbeiter/in ist restkostenfrei.

Einige Institutionen wie z.B. Jugendämter, der Magistrat Graz, das Amt für Jugemd und Familie Land Steiermark, Bezirkshauptmannschaften, Gemeinden, Betriebsratskörperschaften, Versicherungen und die „Ferienhilfe für Österreichische Kinder“ gewähren Zuschüsse zur Kindererholung, sodass sich der tatsächliche Elternbeitrag erheblich reduzieren kann.

Unsere Mitarbeiter/innen beraten Sie gerne. Fragen Sie unbedingt an.

Aktive Ferien gestalten und kreative Alternativen zu Stress und Langeweile anbieten ist das Ziel von Kinderland Steiermark.

Wenn auch Sie Ihr Kind in den Ferien in guten Händen,

Kinderland Steiermark
Ferien 2010

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

Tolle Ferienangebote für Kids von 6 bis 15 Jahren

Turnersee „FD“
Für Kinder von 6 bis 15
Am Fuße des Kitzelberges, mit Blick auf den Turnersee mit eigenem Badestrand, In 13 Bungalows mit Vier- und Sechsbettzimmern (Stockbetten) Abseits von Straßen und Verkehr, mit eigenen Sportanlagen, finden 190 Kinder unter verantwortungsvoller Betreuung Platz.

Termine: 11.07. bis 24.07. (2 Wochen)
11.07. bis 31.07. (3 Wochen)
01.08. bis 14.08. (2 Wochen)
01.08. bis 21.08. (3 Wochen)

Termin Actionwoche:
25.07. bis 31.07. (1 Woche)
15.08. bis 21.08. (1 Woche)

Spezialangebote in der Kinderlandvilla St. Radegund bei Graz oder im Feriendorf/Kärnten: Actionwochen / Reitwochen oder Familienwochen.

AUSZEICHNUNG FÜR FERIENQUALITÄT 2009
LAND STEIERMARK

INFORMATION UND ANMELDUNG:
Ferienhotline: 0316/82 90 70
Fax 0316 / 820610 • Mehlplatz 2, 8010 Graz
E-mail: office@kinderland-steiermark.at
Katalog anfordern oder einfach von der Homepage downloaden
www.kinderland-steiermark.at

KURZ GESAGT

Privatisierung der Kinderbetreuung?

Während die SPÖ angesichts der „undankbaren“ Wähler darüber nachdenkt, den Gratis-Kindergarten wieder abzuschaffen, überlegt die ÖVP, die Kinderbetreuung überhaupt an Private abzugeben. Der Anlass: Bei der letzten Andritzer Bezirksratsitzung hat die ÖVP den Antrag gestellt, prüfen zu lassen, ob nicht ein Privater die neue Kinderkrippe in der Prochaskagasse billiger betreiben könne.

„Kinderbetreuung und Bildung dürfen kein Geschäft sein. Sie gehören daher in öffentliche Hand“, fordert KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora. Private Betreiber wollen einen Profit erzielen. Das gehe zu Lasten des Personals und der Kinder.

Wohnungen in Gefahr

Die ÖBB bestehen auf den Bau der Flüssiggasstation am Grazer Ostbahnhof. Das Projekt gefährdet 500 Gemeinde- und viele weitere Wohnungen im Umkreis, sagt Elke Kahr. „Es ist verantwortungslos, die Möglichkeit einer Gasexplosion mit den zu erwartenden verheerenden Folgen zu verharmlosen“, so die KPÖ-Wohnungsstadträtin. Ministerin Bures ist aufgefordert, die Flüssiggasstation im bewohnten Gebiet zu verhindern.



Fotos gesucht

Sie haben etwas Schönes, Spannendes, Ungerechtes, Lustiges oder Kritikwürdiges fotografiert? Mailen Sie uns Ihre Bilder samt Kurzinfo/Adresse! Wir werden eine Auswahl veröffentlichen und verlosen T-Shirts und Bücher: stadtblatt@kpoe-graz.at

LETZTE AUSFAHRT – HERBERT ZAND

„Die Toten stellten sich auf wie Mumien“

Der Steirer Herbert Zand und sein Weltkriegsroman „Letzte Ausfahrt“.

VON GERHARD DIENES



Der 1923 in der Nähe von Bad Aussee als Bauernsohn geborene Lyriker und Romancier Herbert Zand wurde in frühester Jugend in den 2. Weltkrieg, diese „Hölle auf Erden“ (Wolfgang Kraus), gestoßen.

Einundzwanzigjährig an der Ostfront verwundet, schleppte sich Zand tagelang zum Lazarett. Mehrere Operationen folgten, Eiterungen und Fieberschübe. Langsam zerstörte ein zwei Millimeter kleiner Splitter seine Nieren. Zand starb 1970 an den Spätfolgen der Kriegsverletzung.

Im Jahre 1953 erschien sein Buch „Letzte Ausfahrt. Roman der Einkesselten“. Zand erhielt den österreichischen Staatspreis für Literatur. Doch wollte damals im beginnenden Wirtschaftswunder kaum jemand an das Kriegsgrauen erinnert werden, nach dem Motto: „Geschichte wird zuerst gelebt, von den meisten erlitten. Dann wird sie vergessen und bald tabuisiert. Man nennt das Vergangenheitsbewältigung.“ (Emanuel Hurwitz) „Schwamm drüber“, war der vorherrschende Tenor in Österreich, das sich gern als erstes Opfer Hitlers darstellt.

Und so war Zand für die breite Öffentlichkeit bald vergessen. Dabei zählte er zu den größten literarischen Talenten des Landes. „Aus der Generation der Dichter, die durch den Krieg gezeichnet wurden“, meinte Elias Canetti, „kenne ich keinen, der mich so ergriffen hat wie Herbert Zand“.

In Zands Roman erweist sich die Bezeichnung „Krieg“ als „dünner Schleier vor den Worten Mord und Totschlag aus Notwehr.“ Ungeschminkt schildert er uns das Kriegsgeschehen: „... das Zweiundvierziger [Maschinengewehr] surrt wie eine Nähmaschine. Es näht an einer weiten Robe,

die von einem nächtlichen Horizont zum anderen reicht, und heftet mit tausend Stichen Tod an Tod.“

Der Tod war allgegenwärtig an der Front: „Einen der Wagen hatten sie getroffen. Er schwang über den Rand des Abgrundes hinaus. Die Pferde überschlugen sich frei in der Luft. Die Toten und Verletzten wurden aus dem Kastengestell gerissen, stellten sich zuerst auf wie Mumien, starr und erstaunt, und sackten ab. Allen voran aber schlug der Fahrer mit ausgebreiteten Armen, ein graues Nebelgespenst in der fernen Düsternis, der Schwärze des Abgrundes entgegen.“

Zand sah viele seiner Kameraden sinnlose Tode sterben, prangert an, ohne laut zu werden, etwa einen General, der bis zum Schluss unbelehrbar war.

Für Zand war der Gegner nicht der „Feind“. Darin gleicht er Heinrich Böll, der 1984 in einem Brief an seine Söhne ausführte: „Übrigens hatte ich nicht den geringsten Grund, gegen die Sowjetunion Klage zu erheben. Dass ich dort einige Male krank, auch verletzt wurde, liegt in der ‚Natur der Sache‘, die da Krieg heißt. Soldaten sollten nur über die klagen, von denen sie sich

haben in den Krieg schicken lassen.“

Zand erlebte den Krieg bis zu seinem bitteren Ende: „Und Shiwa tanzte im Rauche. Seine Ferse war Dynamit und seine Sohle Phosphor. Er traf die Menschen in die Eingeweide und ließ sie brennen von innen heraus.“ Das Kriegsende verband Zand mit dem Licht: „Die Zeit der Verdunkelung ist vorüber. Licht in den Fenstern, in den Häusern, auf der Straße. Wir müssen uns wieder gewöhnen, gesehen zu werden.“

65 Jahre nach Kriegsende und vierzig Jahre nach seinem Tod, ist es an der Zeit, das Werk Herbert Zands aus der Verdunkelung an das Licht zu bringen!

10. Juni 2010, 19 Uhr

Lesung im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a
„Die Toten stellten sich auf wie Mumien“, eine literarisch-historische Collage mit Gerhard Balluch und Gerhard M. Dienes zum steirischen Schriftsteller Herbert Zand und seinem Weltkriegsroman „Letzte Ausfahrt“
Eintritt frei!



Wirtschaftskammer zensuriert Kunstprojekt Erinnerung fällt noch immer schwer

Der Künstler Jochen Gerz stellte im Auftrag des Landes Steiermark Erinnerungs- und Gedenktafeln an die Schreckensherrschaft des Nazifaschismus in Österreich auf.

In Graz ordnete die Wirtschaftskammer die Entfernung einer der auf ihrem Grund aufgestellten Tafeln „Unternehmerfeindlichkeit“ an. Der zensurierte Text von KPÖ-LAbg. Renate Pacher lautet: „**Damals hieß die Losung: „Es gibt keine Klasse, nur ein deutsches Volk“. Und heute heißt es: „Wir sitzen alle im selben Boot. Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut ...“. Und ganz aktuell sagt man: „In der Krise müssen alle ihren Beitrag leisten“. Die alten Lügen in neuem Gewand. Nur, die einen zahlen den „Beitrag“ in Form von Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Verelendung und im schlimmsten Fall auf dem Schlachtfeld oder im Gefängnis. Den anderen winkt nicht selten Straflosigkeit und oft genug eine fette Dividende.“**



DIAGONALE

Arbeitsprobe des Widerstands

Im Rahmen der diesjährigen Diagonale wurden die Lehrsaal-Besetzungen an Österreichs Unis thematisiert.

„Also mit grundlegenden Veränderungen, da habe ich immer so mein Problem“, sagt Friedrich Faulhammer, nachdem er eine ganze Weile hinter seinem Schreibtisch bedrückt geschwiegen hat. Zugegeben, die Frage, ob es denn nicht tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen bedürfe, um die Probleme der Universitäten zu lösen, kann einen hohen Ministerialbeamten - Faulhammer ist Sektionschef im österreichischen Wissenschaftsministerium in Wien - schon mal überraschen. Einfacher ist es freilich, sich lediglich neue Gesichter merken zu müssen, deren Politik substantiell gleich bleibt. Faul-

hammer weiß etwa, dass er jetzt eine Chefin hat und er kann auch schon ihren Namen sagen („die Frau Ministerin Karl“). Dass sie den Bologna-Prozess und Zugangsbeschränkungen an den Unis für sinnvoll hält, hat er noch von ihrem Vorgänger in Erinnerung. „Und es ist, wie es ist, und es bleibt, wie es war. Dann ist ja alles nochmal wunderbar“, singt die Indie-Truppe „das Trojanische Pferd“ im Abspann von Audimax R.I.P. Den Sektionschef hätte das bestimmt gefreut.

Es sind diese entblößenden, ja, bloßstellenden Szenen, die Vorfreude auf Audimax R.I.P. (Arbeitstitel) machen. Vorfreude deshalb, weil bislang lediglich eine Arbeitsprobe, gewissermaßen ein geraffter, 40-minütiger Rohschnitt dessen, was noch werden soll, vorliegt. Zu sehen war der schon jetzt im Rahmen der diesjährigen Diagonale. In insgesamt

fünf (Kurz-)filmen widmete sich das diesjährige Festival des österreichischen Films den Protesten an Österreichs Universitäten. Audimax R.I.P., eine Produktion der Arbeitsgruppe Dokumentation des besetzten Audimax (AG Doku) in Kooperation mit coop99, war darunter die interessanteste. Chronologisch arbeitet sich der Dokumentarfilm an den wichtigsten Etappen der jüngsten Bildungsproteste ab: An der Besetzung der Akademie der Bildenden Künste in Wien am 20. Oktober 2009 und der des Audimax der Uni Wien zwei Tage später; am Hochschulgipfel und der Räumung des Audimax kurz vor Weihnachten letzten Jahres und schließlich an den Studentenprotesten gegen den Bologna-Gipfel vor wenigen Wochen in Wien.

Eine konsistente Bildsprache zu komponieren, ist den Machern bislang nur phasenweise gelungen. Zu wenig durchmischt, zu kontrastreich wirken die trashigen Handkameraaufnahmen, die sich an fein austarierte Interviewsituation und Zwischenschnitte reihen. Auch dramaturgisch sucht noch Manches seinen Platz. Die Problematisierung der Situation „fremder“ Obdachloser etwa, die in Wien aufgrund ihrer Herkunft über keinen Zugang zu städtischen Notschlafstellen verfügen und daher das besetzte Audimax bis zu dessen Räumung als Unterschlupf nutzten, hängt ziemlich in der Luft. Ähnlich verhält es sich mit der bisweilen selbstironischen Thematisierung der basisdemokratischen Praxis der Besetzer („Noch viel wichtiger als die Demokratie ist für die Basisdemokratie die Basis“). Anyway, das R.I.P. hinter dem Audimax steht nicht umsonst für resistance in progress. Widerständiges Handeln muss erlernt, aus Erfahrungen – Rückschlägen, wie Erfolgen – destilliert werden. Nichts Anderes gilt für das Filmmachen.

sts



VERANSTALTUNGEN DES KPÖ-BILDUNGSVEREINS

Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a.

Benedikt XVI – Ein Papst und seine Tradition

Der Autor Gerhard Feldbauer bietet in seinem neuen Buch Einblick in die Politik der Päpste im 20. Jahrhundert.

Donnerstag, 6. Mai 2010, 19h

Prol.kino zeigt: „Zwölfeläuten“

(Verfilmung des Buches von Heinz Unger) – Eintritt frei!

4. Mai 2010, 19 Uhr:

„Klassenkampf in Griechenland“

mit Athanasios Boulgaropoulos (KKE).

28. Mai 2010, 19.00 Uhr

KJÖ-Fußballturnier „Kicken gegen Rechts“, Infos unter <http://www.kjoe.at/>

12. Juni 2010 im Augarten

Symposium „Tribüne oder Politikfeld? **ArbeiterInnenbewegung und Parlamente** – Am Beispiel der KPÖ“. Eine Veranstaltung des Bildungsverein der KPÖ Steiermark gemeinsam mit der Alfred Klahr Gesellschaft.

19. Juni 2010, Beginn: 10 Uhr
Ende ca. 17.30 Uhr

Auf den Spuren der Kärntner Partisanen. Wanderung in Südkärnten und Teilnahme an der Feier am Peršman-Hof
26./27. Juni 2010: Koroška/Kärnten

Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Bestellung von Büchern und Broschüren:
KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. 22 59 31 oder 22 59 32

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



ANDRITZ



Stadt Graz wollte Liegewiese verscherbeln

Stukitzbad: Wiese gerettet

Im Februar sollte der Gemeinderat dem Verkauf einer 200 m² großen Wiese des Stukitzbades zustimmen. Doch **KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer** protestierte und alarmierte die Öffentlichkeit. „Es ist unverantwortlich, die Freiflächen zu verkleinern. Bereits jetzt sind die Liegeflächen überfüllt. Dazu kommt ein starker Bevölkerungszuwachs im Bezirk“, so Schloffer. Auch Protestunterschriften wurden gesammelt. Schließlich lenkte

die Stadt ein. Es kommt nun nicht zum Verkauf.

Bibliothek zu

Die Bibliothek an der Straßenbahn-Endhaltestelle in Andritz schließt Di bis Do um 17, Mo und Fr gar schon um 14 Uhr. Viel zu früh für Berufstätige, wie **KPÖ-Bezirksrätin Karin Reimelt** betont. Sie stellte im Bezirksrat den Antrag, die Filiale zumindest an einem Wochentag bis 19 Uhr offenzuhalten. „Damit hätten auch Berufstätige die Chance, sich nach der Arbeit ein Buch auszuleihen“, so Reimelt.



GRIES



Schlachthof-Gestank

Die Bewohner der Umgebung des Grazer Schlachthofes beklagen eine starke Geruchsbelästigung durch den Schlachthof. Tier- und Strohabfälle werden im Freien gelagert, Tiertransporter gereinigt

und gewaschen. Die zuständige Vizebürgermeisterin und das Umweltamt wurden bereits 2008 informiert. Leider ist es bis heute zu keiner akzeptablen Lösung gekommen. Daher stellte **KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann** im Gemeinderat den Antrag

an Vizebürgermeisterin Rüdiger, umgehend für eine Entlastung zu sorgen.

Picknick

Am 22. April veranstalten der Interkulturelle Kindergarten und der Zentralverband der Pensionisten einen „Tag der Generationen“. Die Kinder laden zu einem Picknick auf der an den Karl-Drehs-Klub (Lagergasse 98a) angrenzenden Wiese. „Es trägt zum besseren Miteinander der Generationen bei, wenn die jüngsten und die ältesten Bewohner des Bezirkes gemeinsam ein Fest veranstalten“, freut sich **KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon**.

LEND



Verkehrslawine

Im Zuge des Projektes „**Nahverkehrsdrehscheibe**“ am Bahnhof soll im Mai die Annenstraße stadteinwärts zur Einbahn werden. Die Bewohner der angrenzenden Straßenzü-

ge haben große Bedenken. Durch die Maßnahme wird sich der Verkehr automatisch auf die Nebengassen verteilen. „Natürlich versteht jeder, dass die Umbauarbeiten Veränderungen mit sich bringen.

Aber die Anrainer fühlen sich alleingelassen, denn bis jetzt wurde ihnen noch kein begleitendes Verkehrskonzept vorgestellt“, äußert **KPÖ-Bezirksrat Peter Görschel** die Sorgen der Bewohner.

JAKOMINI



Zick-Zack-Servitut

Das Haus Jakob-Redtenbachergasse 14 darf nicht gerettet werden: Das Denkmalamt hat bestätigt, dass die verbliebene ba-

rocke Bausubstanz nicht ausreicht, um das Haus als schutzwürdig zu betrachten. Aber es gibt eine Unterschriftenaktion für den **Erhalt des öffentlichen Servitutsweges** durch das

Gelände. Nach den Plänen der Stadt bzw. des Bauträgers SOB soll der Weg im Neubau so mit einem Zick-Zack-Kurs geführt werden, dass er kaum mehr benützt werden wird.

Neue Hecke

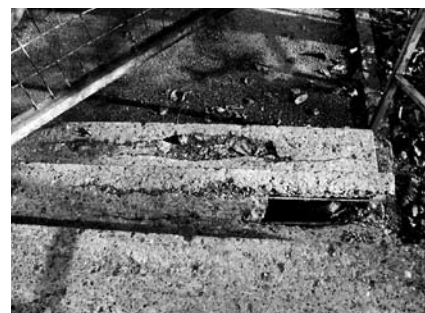
Die neue Vario-Straßenbahn dreht seit 10. April auf den Linien 4 und 5 ihre Runden. Wegen vorgeschriebener Abstände war es notwendig, die Hecke entlang der Straßenbahngleise in der C.-v.-H.-Straße zu entfernen. Stattdessen wurden Sträucher gepflanzt. Sie sollen Fahrgäste daran hindern,

auf die stark befahrene Straße zu gehen. Eine Gefahr für Fahrgäste sieht **KP-Bezirksrat Gottfried Stevanecz** noch immer, weil die Sträucher nicht durchgehend gepflanzt werden, sondern Durchgänge für „Notfälle“ offengelassen werden mussten.

Stolperstufen

Der Aufgang zum Kinderspielplatz in der Dr.-Robert-Sieger-Straße besteht aus drei Beton-

stufen. „Die Stufen sind derart beschädigt, dass man sich leicht verletzen kann“, stellte **KP-Bezirksrätin Edeltrud Uibl-Taschner** fest und stellte daher im Bezirksrat den Antrag, die betreffenden Stufen zum Spielplatz endlich zu erneuern.





INNERE STADT



Förderung

Der Bezirksrat Innere Stadt übergab der neuen Galerie „paraSite-Net“ in der Kaiserfeldgasse eine Starthilfe von 200 Euro. Derzeit findet dort eine Foto-Ausstellung mit Bildern aus der Provence und aus Sibiu (Rumänien) statt.

Kein „Kommod“

Beim Haus Sackstraße 28/30 dürfte es zu keinem zweiten Fall „Kommod“ kommen. Die Fassade bleibt laut Baufirma Wegraz erhalten, in den renovierten Häusern sollen 22 Wohnungen errichtet werden. Frühester Baubeginn: Mai 2010. **Bezirksvorstellvertreter Parteder (KPÖ):** „Ich hoffe, dass die Zusagen eingehalten werden. Herr Hohenberg und die Wegraz würden bei einem zweiten Fall Kommod endgültig ihr Gesicht verlieren.“

Gastgärten

Entschieden gegen eine Ausweitung der Öffnungszeiten in den Grazer Gastgärten wendet sich die KPÖ. **Bezirksvorstellvertreter Franz Stephan Parteder:** „Schon jetzt gibt es große Probleme. Wirte, die verlangen, bis 24 Uhr offenhalten zu können, sollten einmal nach Berlin schauen. Dort ist um 22 Uhr Sperrstunde.“

Zur von Teilen der ÖVP angezettelten Diskussion um neue Gastgärten am Hauptplatz hat KPÖ-Stadträtin Elke Kahr eine klare Position: „Was Graz wirklich braucht, sind nicht noch mehr Gastgärten, sondern mehr öffentliche Plätze mit Bankerln, auf denen die Menschen rasten können, ohne etwas konsumieren zu müssen.“

PUNTIGAM



Zu viel Lärm

Anrainer klagen weiter über die Lärmbelastung durch die Firma Fresenius-Kabi. Während Fresenius-Nachbar Spar wirksame Lärmschutzmaßnahmen veranlasst hat, heißt es bei Fresenius warten. Obwohl es schon 32 Monate her ist, seit die Behörde mit diesem

Problem befasst wurde. Fresenius beteuert, bislang keine Auflagen bekommen und trotzdem mehrere 10.000 Euro in den Lärmschutz investiert zu haben. Heuer werden weitere Lärmschutzmaßnahmen gesetzt. Betroffene Anrainer wollen jedenfalls den Volksanwalt einschalten.

STRASSGANG

Naherholung in Gefahr

Auf den „Leykam-Gründen“ in der Ankerstraße soll nach Willen von ÖVP und SPÖ eine große Wohnsiedlung entstehen. Außerdem hat der Sportverein LUV begehliche Blicke auf das Areal hinter dem Hotel Tennisparadies geworfen; die Neuauflage eines „Quasimusterland-

des“? **KPÖ-Bezirksaktivist Kurt Luttenberger** ersucht alle interessierten Grazer Bürger, denen Naherholung, Klima- und Hochwasserschutz im letzten

Im März wurden am Raabweg/Eichäckerweg riesige Mengen Erdaus-

Leserfoto.



GEIDORF



„Gackerl“-Lauf

Wer im Martha-Tausk-Park einen Frühlingsspaziergang machen will, riskiert einen Hundstrümmerl-Hürdenlauf. „Immer mehr Hundebesitzer nutzen den Park zum Äußerln-Gehen, ohne die Hundstrümmerl entsprechend zu entsorgen. Der Park ist so verschmutzt, dass andere Bewohner ihn zunehmend meiden“, bedauert **KP-Bezirksrätin Grete Skedelj**.

Kein Monsterbau

Sicher KEINE Zustimmung wird es von der KPÖ für das geplante 75 m lange, bis zu 26 m hohe Monsterprojekt in der Rosenbergasse geben. Gemeinderat And-

Quasimusterland auf Leykam-Gründen?



hubmaterial neben Wohnhäusern aufgeschüttet. Das Material stammt von einer

Baustelle an der St. Peter Hauptstraße und wird hier zwischengelagert. Proteste von Anrainern - sie leiden unter dem Staub - habe der Bauherr kommentiert, er würde den Haufen „platt machen“. Laut einer Anrainerin wurde Anzeige durch die Baubehörde erstattet; nun wartet man auf den Beseitigungsauftrag.

„unberührten“ Gebiet des Grazer Südwestens etwas bedeuten, um aktive Solidarität, um diesen neu aufgelegten Wahnsinn abzuwehren.

Die Müllsammelstelle auf Höhe des Café Rosenhain ist meist überfüllt. Sogar Ratten und Mäuse sollen dort gesichtet worden sein. „Die Abfuhrintervalle bei der Müllentleerung müssen an das Müllaufkommen angepasst werden“, fordert **KP-Gemeinderat Andreas Fabisch** und brachte im Gemeinderat im März einen entsprechenden Antrag ein.

Zugemüllt

Die Müllsammelstelle auf Höhe des Café Rosenhain ist meist überfüllt. Sogar Ratten und Mäuse sollen dort gesichtet worden sein.

„Die Abfuhrintervalle bei der Müllentleerung müssen an das Müllaufkommen angepasst werden“, fordert **KP-Gemeinderat Andreas Fabisch** und brachte im Gemeinderat im März einen entsprechenden Antrag ein.





Stammtisch des GLB -

jeden ersten Mittwoch im Monat
ab 17.00 Uhr im Karl-Drews-Klub im
Volkshaus Graz (Lagergasse 98a)

Mi, den 5. Mai 2010, 17:00 h BURNOUT - Ausgebrannt oder Entfremdung von der Arbeit

Max Korp, Experte zu Stress und Burnout im Betriebsrat bei MAGNA Powertrain, wird ins Thema einführen
Erfahrungen und Strategien können anschließend gemeinsam diskutiert werden

Terminvorschau: Mi., 2. Juni 2010, 17 Uhr, Drews Klub: GLB Stammtisch zu: **Bedingungsloses Grundeinkommen pro und kontra**, Anne Rieger, Info unter annerieger44@aon.at



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...
Folgenden Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.

TIERECKE



Lucy ist eine 11 jährige steril. Mischlingsdame, Besitzer verstorben, äußerst liebenswert und unkompliziert!



Sarabi ist 2009 geboren und sterilisiert. Sie ist ein wenig scheu und braucht etwas mehr Zuwendung.



Benno ist ein 3 Jahre alter Münsterländer-Husky-Mischling. Er braucht einen hohen Zaun und ist nicht gerne alleine.



Pipilotta ist eine junge, scheue Katze vom Land. Sie wurde 2009 geboren und ist sterilisiert.



Basil ist ein ausgesetzter Zwerghamster – ein zorniger kleiner Kerl!



13 junge **Ratten** (männlich und weiblich) samt Mutter. Sie wurden in Knittelfeld ausgesetzt.

KLEINANZEIGEN

Möbel zu vergeben

Kinder-Hochbett (siehe Foto), Maße: H: 175 cm, L: 230 cm, B: 95 cm, mit integriertem, ausziehbarem Schreibtisch, mehreren Regalen und Laden, incl. Matratze; Kasten, hell, B: 100 cm, H: 195 cm, T: 54 cm; Kommode, B: 150 cm, H: 85 cm, T: 52 cm; für Selbstabholer gratis abzugeben. Tel. (0650) 62 20 209



Gesucht: Lagerfläche in Graz, ca. 50qm, mind. 3m hoch, ebenerdig, trocken, breiter und unverwinkelter Zugang. Inter/Act 0664 51 28 717.

Arbeit gesucht

Ich suche eine Stelle in einem Büro oder in einer Ordination in Graz. Geringfügig oder Teilzeit, mindestens 25-30 Stunden. Tel. (0699) 145 38 228.

Kochen, Bügeln, Kinderbetreuung... Auto vorhanden, verlässlich und ehrlich, sportlich aktiv, Tel.: (0316) 81 55 26, Frau Achmann

Handwerkerarbeit

Übernehme Handwerkerarbeiten wie Malerarbeiten, Gartenarbeiten und kleine Reparaturen in Haus und Hof, in Graz und Graz Umgebung. Bin 50 Jahre und habe ausreichend Erfahrung! Rufen Sie mich an unter Tel: (0664) 27 70 585

Wohnung gesucht

Berufstätige 57jährige Frau sucht ruhige, helle Wohnung in Graz, (Jakomini, Liebenau oder St. Peter). Maximale Miete inkl. BK + HZ 500 Euro. Tel: (0664) 89 511 47. Bitte nur tagsüber von Mo-Fr.

Kaffeemaschine

Kaffeemaschine Saeco, Waserzulauf defekt, für Bastler abzuholen von Mo-Fr 9 bis 12 in der KPÖ-Bezirksleitung Lagergasse 98 a, ebenso Flohmarktware wie Bekleidung u. a.

Gesucht

Suche alten, günstigen VW-Bus bis Baujahr 1979 (ev. Campingbus) Tel: (0650) 65 41 500.

Suche günstiges Laufband (Fitnessgerät), elektrisch. Tel: (0650) 65 41 500.

Suche Nintendo Wii. Tel: (0650) 65 41 500.

Suche Sachen für den Flohmarkt (gratis) aus dem Raum Graz-Gleisdorf-Weiz Tel: (0650) 65 41 500.

Zu verkaufen

Friteuse (Rotofriteuse von De Longhi) neuwertig (NP 90 Euro) um 25 Euro. Tel. (0664) 39 92 175.

Holzzaun, 25m, 1m hoch, komplett mit Zubehör, neu

wg. Fehlkauf um 200 Euro (NP 380 Euro) Tel. (0664) 39 92 175.

Rollator (Geh-Hilfe), neuwertig, um 35 Euro, Tel. (0664) 39 92 175.

Skoda Felicia Kombi, Diesel, Baujahr 1971, 170.000 km, fahrbereit, aber ohne Pickerl, 600 Euro. Tel. (0660) 46 15 877.

Sommerreifen 165/70/13, 4 Stück auf Felgen, 80 Euro. Tel: (0660) 46 15 877.

Treff am Grünanger

„Z'ammkumman, Austausch, Beisammensein“ – unter diesem Motto steht das gemütliche Treffen bei Kaffee und Kuchen! **Jeden Donnerstag von 14 Uhr bis 15:30 Uhr in der Andersen-gasse 34, Am Grünanger.**
Veranstaltet vom
SMZ Liebenau, Tel. 42 81 61.

AMSEL-Stammtisch für Arbeitslose

Möglichkeit für Menschen ohne bezahlte Arbeit, sich mit ihresgleichen zu treffen + auszutauschen: Donnerstags (werk- + 14-tägig) um: 17 Uhr im: CAFE SORGER (I. Stock), Südtirolerplatz 14

Nächster Termin:
Do, 29. April

0681 / 102 703 42

Keramikwerkstatt für Kinder und Jugendliche

Jeden Di von 14 bis 16 und jeden Sa von 10 bis 14 Uhr
Kosten: 9 Euro pro Kind und Stunde (exkl. Material und Brennkosten)

Keramik formen, Bilder malen, Comics zeichnen

Sommerkurse von 12.Juli bis 10. September jeweils Mo bis Fr von 9 bis 12 Uhr
Kursbeitrag für eine Woche pro Kind: 139 Euro exkl. Material und Brennkosten
mit Selma Etareri, Lemba Mukoko, Franz Viehauser, Ermäßigungen auf Anfrage!

Info:

DA LOAM KUNST- & schokolADEN, Keramikstudio - Selma Etareri
Mariahilferstr. 11, 8020 Graz
Tel. 81 73 38
www.selma-keramik.at,
mail:selma.etareri@aon.at
Öffnungszeiten: Mo bis Sa
10 - 16 Uhr

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Sparen bei Behinderten

Man hat für alles Geld, aber für Menschen mit Behinderung gibt es weiter Sparpläne. Das Behindertaxi, das nun eingespart werden soll, ist für viele die einzige Möglichkeit, ein wenig Freiheit und Mobilität zu haben. Für teure Luxus-Radwege (durchs Messengelände) ist genug Geld da. Ich hoffe, dass sich alle Behinderten und Behindertenverbände bei den nächsten Wahlen bei den dafür zuständigen Parteien bedanken!

E. Metzger, 8055 Graz

ein erträgliches Maß nicht überschreiten. Österreich hat so viele Wasserkraftwerke, dass keine weiteren gebaut werden müssen. Der zusätzliche Strombedarf muss von der Sonne gedeckt werden.

Der Bau von Photovoltaik-Anlagen gehört energisch vorangetrieben. Würden in Graz alle geeigneten Dächer mit Solar-Panelen ausgestattet, gäbe es einen Stromüberschuss für lange Jahre. Murkraftwerke im Großraum Graz sind völlig überflüssig.

DI A. Krejza, 8010 Graz

Klimaschutz

Immer mehr Menschen werden durch schlechte Luft und Lärm krank gemacht. Österreich sollte eine Vorreiterrolle im Umweltschutz einnehmen. Ein Schwerpunkt ist der Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Mehr öffentlicher Verkehr bedeutet weniger Feinstaub, weniger Lärm, weniger Unfälle. Dazu gehört das Angebot verbessert; die Schweiz ist ein Vorbild.

Ch. Härtl

Leistbares Wohnen?

Ich frage mich, was unsere Politiker unter „leistbarem Wohnen“ verstehen. Ich suche, seit ich wieder in Graz bin, eine Mietwohnung zwischen 55-60 m², wo ich nicht gleich eine horrende Miete, Kautions-, Makler- und Vergebührens-kosten zahlen muss. Sie soll nicht im Bezirk Jakomini, Gries oder Lend sein! Ich bin Single und habe eine kleine Pension, aber möchte auch nicht in 45m² gezwängt werden. Unsere Politiker wohnen in ihren eigenen Häusern und Wohnungen, haben genug Geld und sehen zu, wie sie den kleinen Bürgern noch das Geld aus der Tasche ziehen können. Ich habe über 40 Jahre im Ausland gelebt und gearbeitet, aber in keinem dieser Länder musste

Ausstellung im Karl Drews Klub

Schützgasse 16, hinter dem Volkshaus in der Lagergasse 98a

Seidenmalerei, Fensterbilder, Seidentücher und Schmuck

Renate Sondergelt + John Knotz + Karin Götzner
zeigen ihre Werke

Eröffnung 31. Mai 2010, 17.00 h
Weitere Öffnungszeiten: Bis 5. Juni
Montag von 17-19 Uhr,
Dienstag 14-18 Uhr,
Mittwoch von 10-13 Uhr,
Donnerstag von 10-18 Uhr,
Freitag von 14-17 Uhr
Samstag von 10-14 Uhr
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



man bei Miete dem Finanzamt eine Vergebührung bezahlen und auch keine Mehrwertsteuer.

Befristet kennt man anderswo auch nicht! Ich bin in 10 Jahren schon 2x umgezogen, dies kostete einen Haufen Geld und ich weiß nicht, wie lange ich hier bleiben kann. Ich bezahle pünktlich meine Miete, pflege meine Wohnung und bin eine ruhige Mieterin, trotzdem bekomme ich keinen unbefristeten Vertrag.

K. Kraeuchi

Missbrauch an Kindern

Alles, was mit physischen und psychischen Verletzungen an Kindern zu tun hat, wird von der Öffentlichkeit mit einer gewissen halbseidenen Empörung festgehalten. Kinder wurden nicht erst die letzten 30 Jahre verletzt, gedemütigt und missbraucht. Lesen Sie Pestalozzi, Alice Miller u. a., es gibt genug wissenschaftlich-pädagogische Abhandlungen, die alle darauf hinweisen, dass verletzte, gedemütigte missbrauchte Kinder als Erwachsene diese Erfahrungen

an ihren Nachwuchs weitergeben können. Empört sollten Mann + Frau sein, dass trotz der psychologisch-pädagogischen Erkenntnisse, die Staatsväter + -mütter bis jetzt nicht in der Lage waren, eine offene gesellschaftspolitische Lebensform anzudenken, geschweige denn umzusetzen.

Erst dann hätte unsere Gesellschaft den Kindern endlich mehr zu bieten als nur Konsumgüter und Statussymbole.

Ch. Schönberg

WALKEN SIE MIT !

Walken an der Mur: Jeden Montag von 16 – 17 Uhr, Treffpunkt: Grünanger, Andersengasse 34, gegenüber Kindergarten, Bus Nr.34E, Haltestelle Theyergasse

Walken im Park der HIB
Liebenau: Jeden Do von 17 – 18 Uhr, Treffpunkt: Hof des SMZ: Liebenauer Hauptstr. 104

Eine Anmeldung ist nicht notwendig, einfach kommen. Walkingstöcke zum Ausprobieren vorhanden.

Info: Tel. 46 23 40 15 oder (0699) 180 84 375

Gegen Murkraftwerke

Wasserkraftwerke sind gut, aber Anzahl und Größe dürfen

GRAZER Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

☎ 0316/ 71 24 80 / Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Jeden DO. gemütlicher Nachmittag im Volkshaus

**1. MAI
DEMO**

Treffpunkt 10 Uhr Südtirolerplatz
Kundgebung ca. 11.30 Eisernes Tor



Wiener Tschuschenkapelle

Maifest

1. Mai, 14:00, Volxhaus Graz Lagergasse 98a



Igor Morozov

singt
internationale
Arbeiterlieder
Daniela Mara, Klavier



internationale Küchenstraße
Kinderbetreuung

KPO
wirkt

